

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen $1\frac{1}{2}$ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. $24\frac{1}{2}$ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate ($1\frac{1}{4}$ Sgr. für die vierseitige Zeile) sind an die Expedition zu richten.

Amtliches.

Berlin, 29. August. Se. Majestät der König haben Allerhöchst ge-ruht: Dem Landrat von Wörries zu Herford das Kreuz der Ritter des K. Hausordens von Hohenzollern, so wie dem Reitnach Lorenz Patalas zu Graffenstein bei Destedde, im Kreise Beckum, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Schüssler in Graudenz ist an das Kreisgericht zu Strasburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst, versetzt worden.

J. A. H. die Prinzessin Karl von Preußen ist, von Köln kommend, gestern hier wieder eingetroffen.

Abgesehen: Se. Exz. der Staats- und Finanzminister von Boden- schwigh, nach der Provinz Sachsen; Se. Exz. der General-Lieutenant und General-Inspekteur der Artillerie, von Hahn, nach der Provinz Pommern.

Nr. 203 des St. Anj's enthält eine Allerhöchste Verordnung vom 18. August 1855, betr. die Aufhebung der Verordnung vom 26. Novbr. 1855, wegen zeitweiser Aufhebung der Steuerbegütigung für ausgehenden Brantwein, vom 1. Novbr. d. J. ab.

Telegraphische Depesche der Posener Zeitung.

Paris, Mittwoch, 27. August. Nach aus Algier eingetroffenen Nachrichten vom 22. d. hat dafelbst letzten Donnerstag und Freitag ein Erdbeben stattgefunden, welches viele Verheerungen in seinem Gefolge gehabt hat. (Eingeg. 28. August, 7 Uhr Abends.)

Deutschland.

Preußen. [Berlin, 28. August. [Vom Hof; Nachrichten aus Peterhof; Ernennungen &c.] Se. Maj. der König arbeitete heute Vormittag im Schlosse Sanssouci mit dem Kriegsminister, Grafen Waldersee, und dem General v. Schöler; hierauf nahm Allerhöchsteselb noch mehrere Vorträge entgegen und empfing zu diesem Zwecke auch den Geh. Rath Costenoble. Nachmittags war bei J. M. große Tafel, an der die Prinzen und Prinzessinnen unseres Königshauses, die Kronprinzessin von Schweden und Prinz Karl von Bayern erschienen. Auch die Prinzessin Karl, welche gestern Abend von Koblenz, wo sie der Prinzessin von Preußen vom Kurort Schlangenbad aus einen Besuch gemacht hatte, hier eingetroffen war, nahm an dem Diner Theil. Morgen Vormittag wird der König noch mit dem Ministerpräsidenten arbeiten und alsdann Nachmittags mit der Königin, den sämtlichen Prinzen und den hohen Gästen aus München nach Stargard abgehen. In dem Allerhöchsten Gefolge befinden sich die Generale Graf v. d. Gröben, v. Gerlach, v. Schöler, die Flügeladjutanten Grafen v. Bismarck-Böhlen und v. d. Gröben, der Geh. Kabinetsrathe Blaize, Leibarzt Dr. Grimm und auch der Kriegsminister Graf Waldersee. Die Allerhöchsten und Höchsten Personen werden bis zum 3. Septbr., wo die Feldmanöver ihr Ende erreichen, in der Provinz Pommern verweilen und alsdann von Stargard aus über Kreuz, Bromberg, Dirschau, Marienburg, Elbing, Schlobitten nach Heilsberg sich begeben, wo sie nach dem Reiseprogramm am 5. Septbr. eintreffen wollen, weil Tags darauf schon die Parade des 1. Armeekorps stattfinden soll. Vor der Abreise nach der Provinz Preußen erwartet der König in Stargard noch Herrn v. Manteuffel. — Den Feldmanövern bei Heilsberg wird außer anderen fürtischen Personen auch der Herzog von Gotha beiwohnen. Am 16. September dürfen wir Ihre Majestäten spätestens von Königsberg hier zurückwarten. Um dieselbe Zeit kommen auch die Prinzessin von Preußen und die Prinzessin Tochter Louise von Koblenz nach Berlin, und der Prinz Regent von Baden wird am folgenden Tage im hiesigen Schlosse eintreffen. — Das Palais des hochseligen Königs haben die bisherigen Bewohner, meist Hofmarschallamtbeamte, bereits geräumt und sind ihnen zum großen Theile Wohnungen im k. Schloss überwiesen worden. Zunächst erfolgt nun der Abriss des Seitenflügels, der an die Oberwallstraße grenzt. — Mit dem Postdampfschiff "Wladimir" sind hier Briefe vom Prinzen Friedrich Wilhelm und seinem Gefolge aus Peterhof eingegangen. Der Prinz und alle übrigen fürtischen Personen erfreuen sich dort des besten Wohlseins und rüsten sich bereits zur Abreise nach Moskau. — Die Rückkehr des Prinzen Friedrich Wilhelm nach Berlin wird auf den 16. September in Aussicht gestellt. — Der Prinz Friedrich Karl ist am Schluss des hiesigen Manövers zum Generalleutnant ernannt worden. — Der Finanzminister v. Boden schwigh ist heute in Dienstangelegenheiten nach der Provinz Sachsen abgereist und wird, wie verlautet, erst Mitte September hierher zurückkehren. — Der Oberst Herwarth v. Bittenfeld ist Kommandeur der 9. Infanteriebrigade geworden, und das so erledigte Alexanderregiment hat der Oberst v. Bastow erhalten. Der Oberst Graf Monts ist zum Kommandeur der 17. Infanteriebrigade ernannt worden.

[Verein-Portofreiheit.] Nachdem auf Verfügung des General-Postamtes vom November v. J. bereits eine Liste derjenigen Vereine, Gesellschaften und Privatinstitute angefertigt worden ist, welche gegenwärtig auf Portofreiheit Anspruch haben, wird jetzt an betreffender Stelle zur Sicherung der Kontrolle über die Benutzung jenes Privilegiums eine eben so vollständige Zusammenstellung derjenigen zu solchen Vereinen und Instituten gehörigen Zweigvereine und Filiale vorbereitet, welche nach den bestehenden Vorschriften gleichfalls zur Portofreiheit berechtigt sind. (P. C.)

[Abreise der ungar. Deputation.] Gestern haben die Herren Direktor v. Király und Pastor Kolbenheyer aus Dedenburg Berlin verlassen und sich zunächst nach Hamburg begeben. Sie haben hier

mehrere Lehranstalten, z. B. das königl. Schullehrerseminar unter Direktor Thilo's Leitung u. s. w. besucht. Die ihnen zu Theil gewordene Aufnahme von Seiten mehrerer hochgestellten Glaubensgenossen, welchen das Gedächtnis der Evangelischen am Herzen liegt, läßt hoffen, daß mit deren Hülfe in Dedenburg ein Schullehrerseminar ins Leben gerufen werden wird, da es nicht an Aussicht fehlt, daß eine mehr als vereinzelte Theilnahme sich thätig erweisen wird. Von Hamburg werden die genannten Herren sich nach Bremen begeben, um den Verhandlungen des Gustav-Adolph-Vereins beizuhören, und dann vor ihrer Rückkehr in die Heimat England und Frankreich berühren.

[Zählung resultate.] Berlin hat der letzten offiziellen Zählung zufolge 51 zum öffentlichen Gottesdienst bestimmte Kirchen und Bethäuser; 78 Schulhäuser für den öffentlichen Unterricht; 55 zur Aufnahme und Verpflegung von Waifen, Kranken, Altersschwachen und verlassenen Personen bestimmte Gebäude; 75 Gebäude zur Versammlung und Geschäftsführung der Landeskollegien, Justiz-, Polizei-, Steuerbehörden, Magisträte und Gemeindevorstände; 98 zu anderen Zwecken der geistlichen und weltlichen Civil- und Kommunalbehörden und Anstalten bestimmte Gebäude; 124 Militärgebäude, als: Kasernen, Lazarette, Magazine, &c.; 19,404 Privatwohnhäuser, 740 Fabrikgebäude, Mühlen und Privatmagazine; 7284 Ställe, Scheunen und Schuppen. Berlin hat Civileinwohner, a. männliche: 26,429 bis 5 Jahr, 8586 von 6 und 7 Jahr, 26,376 von 8—14 Jahr, 7478 von 15—16 Jahr, 11,327 von 17—19 Jahr, 21,696 von 20—24 Jahr, 37,306 von 25—32 Jahr, 25,259 von 33—39 Jahr, 14,343 von 40 bis 45 Jahr, 22,626 von 46—60 Jahr, 9836 über 60 Jahr, zusammen 211,262; b. weibliche: bis 5 Jahr 25,945, von 6—7 Jahr 8454, von 8—14 Jahr 25,719, von 17—45 Jahr 109,751, von 46—60 Jahr 25,091, über 60 Jahr 13,284, zusammen 215,340 oder überhaupt 426,602 Einwohner. Dieselben bilden 79,825 Familien; in der Ehe leben 59,134 Männer, 60,134 Frauen. Unter den Einwohnern sind: 400,010 evangelische Christen, 13,617 römisch-katholische Christen, 54 griechisch-katholische Christen, 15 Mennoniten, 12,897 Juden, 9 Mohomedaner. Laubstümme befinden sich in Berlin: bis zum 5 Jahre 2 männl., 2 weibl., von 5—15 Jahr 39 männl., 26 weibl., von 15—30 Jahr 61 männl., 31 weibl., über 30 Jahr 55 männl., 28 weibl., zusammen 157 männl., 89 weibl., überhaupt 244. Blinde: bis zum 15. Jahre 14 männl., 16 weibl., von 15—30 Jahr 37 männl., 14 weibl., über 30 Jahr 61 männl., 69 weibl., zusammen 102 männl., 99 weibl., überhaupt 201. An Pferden sind in Berlin vorhanden: 18 Füllen, 3846 3—10jährige Pferde, 3952 Pferde über 10 Jahre, zusammen 7816; 8 Esel; 8 Stiere, 3 Ochsen, 759 Kühe, 5 Stück Jungvieh, zusammen 775 Stück Rindvieh; 3 ganz veredelte Schafe, 456 halb veredelte Schafe, 140 unveredelte Landschafe, zusammen 599 Schafe; 943 Ziegenböcke und Ziegen und 862 Schweine.

[Breslau, 27. August. [Generalversammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn.] Der am Montag stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn war einige Tage zuvor eine Versammlung des Verwaltungsraths der Gesellschaft vorangegangen, worin die der Generalversammlung zu unterbreitenden Anträge einer Beschlusssnahme wegen Befürwortung unterworfen wurden; das Resultat war, daß der Verwaltungsrath namentlich mit großer Majorität beschloß, der Generalversammlung die Überlassung der Verwaltung an den Staat zu empfehlen. In der Generalversammlung selbst, welche im Lokale der Börsenveranstaltungen abgehalten wurde, gelangten zunächst die statutenmäßigen Gegenstände zur Erledigung. Der Major v. Rabenstein, welcher in Abwesenheit des Geh. Kommerzienrats v. Loebbecke der Versammlung präsidierte, leitete die Verhandlungen mit einem Überblick über die Resultate der Verwaltung des vergangenen Jahres ein. Wir entnehmen demselben folgendes: Daß die Versammlung später, als die Statuten besagen, anberaumt worden, sei nicht dem Verwaltungsrath zur Last zu legen; derselbe sei in neuerer Zeit vielfach verdächtigt und auch in öffentlichen Blättern angegriffen worden, indem ohne allen Grund, die Thatsachen sprächen für ihn, der Betriebsbericht liefere den Beweis von Jahr zu Jahr steigender Einnahmen, die demgemäß wachsende Dividende habe sich von 6 auf 11½ Proz. gehoben; der Verwaltungsrath habe sich als lebenskräftig bewährt; in Oberschlesien habe die Bahn ein reges Leben wach gerufen, den Wohlstand der Hütten- und Grubenbesitzer gefördert, Handel, Industrie und Gewerbe in unserem California gefördert, und der Gütertransport auf der Bahn habe einen solchen Umfang erreicht, daß die Oder im günstigsten Falle nicht den vier Teil desselben zu übernehmen im Stande wäre; die neue Posener Bahn stelle ähnliche segensreiche Wirkungen in Aussicht. Demnächst wurden verschiedene Wahlen vollzogen und kam alsdann die beantragte Bewilligung des Mehrbedarfs der Baukosten der Breslau-Posen-Glogauer Bahn zur Beurtheilung. Regierungsrath Kuh berichtete in Bezug hierauf, daß der Mehrbedarf über die bereits emittierten 8 Millionen Thaler in Prioritäten Litt. E. noch 3,943,896 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. betrage und beantrage Namens des Verwaltungsraths, die Ermächtigung zu ertheilen, unter Vorbehalt speziellen Nachweises, die zur Deckung dieses Bedürfnisses erforderlichen Geldmittel durch 4½ prozentige Obligationen zu beschaffen. Die Versammlung bewilligte den Antrag ohne Widerspruch. Der darauf folgende, wichtigste Gegenstand der Berathung und Beschlusssnahme war: 1) Die Erweiterung des Unternehmens durch den Bau folgender neuen Bahnen: a) von Tarnowitz über Niedz zum Anschluß an die Niedza-Nikolaer Zweigbahn, b) von der Oberschlesischen zur direkten Verbindung mit der Warschau-Wiener Bahn, c) von dem Bahnhofe Schwientochlowitz nach Königshütte, d) von Posen nach Bromberg, e) von Breslau auf dem rechten Oderufer nach Oberschlesien; 2) die Feststellung der zum Bau und Betrieb dieser neuen Unternehmungen erforderlichen Geldsummen und der Modalitäten ihrer Aufristung; 3) die mit den oben angeführten Gegenständen in Verbindung stehende Überlassung des Baues und Betriebes der Oberschlesischen Eisenbahnenunternehmungen an den Staat nach Maßgabe eines hierauf bezüglichen, der Genehmigung der Versammlung zu unterbreitenden Entwurfs zu einem mit der Staatsregierung abzuschließenden Vertrage. Stadtrath Büker theilte der Versammlung mit, daß der Verwaltungsrath mit überwiegender Mehrheit beschlossen habe, die Annahme des bezüglichen Vertragsentwurfs den Aktionären zu empfehlen, weil nur dann, wenn die Verwaltung der von der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft gebauten Bahnen unter den Modalitäten des gebrochenen Vertrages an den Staat übergehe, zu hoffen sei, daß die Koncession zu den aufgeföhrten neuen Bahnen an die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft und nicht zum Nachtheile

derselben an andere Gesellschaften werde erteilt werden. Demnächst nahm der k. Eisenbahnkommissarius, Geh. Regierungsrath v. Nostitz, das Wort, um einige Erläuterungen über den Standpunkt der Staatsregierung in der vorliegenden Frage zu geben: die Staatsregierung habe Bedenken getragen, eine weitere Ausdehnung der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaften unter der seitlichen Verwaltung zu gestalten; diese Unternehmungen gestalteten sich zu einer Art sich erweiternden Monopols der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft, welches die Staatsregierung im Interesse des Publikums zu beschränken sich verpflichtet fühle; dies könne nun aber nur dadurch geschehen, daß sie entweder konkurrierende Unternehmungen begünstige oder selbst einen bedeutenden Einfluß auf die Verwaltung der Oberschlesischen Bahn gewinne. Als sich daher die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft um die Konzession zum Bau einer Bahn am rechten Oderufer beworbe, habe die Staatsregierung sich hiergegen erklären müssen, sofern die Gesellschaft ihr nicht einen überwiegenden und entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung einräume; die völlige Abtretung der Verwaltung an den Staat erscheine somit als das zweitmäßigste Mittel, falls die Gesellschaft die von ihr projektierten neuen Bahnunternehmungen konzessioniert zu erhalten wünsche; die Regierung fordere diese Abtretung keineswegs, sie werde dieselbe nur annehmen, wenn sie ihr angeboten werde unter Bedingungen, welche ihr möglichste Freiheit der Bewegung gestatteten; an den Bedingungen, die der Vertragsentwurf enthalte, müsse die Regierung mindestens festhalten, Modifikationen derselben werde sie sich nicht gefallen lassen.

Nach dieser Rede, deren entchiedene Erklärungen offenbar nicht ohne sichtlichen Eindruck blieben, trat Kaufmann Fromberg von hier auf und motivierte in einem längeren Vortrage einen Antrag, dessen wesentlicher Inhalt dahin ging, die Beschlusssnahme über den in Rede stehenden Punkt für heute Mangels genügender Information abzulehnen, dagegen durch die Generalversammlung eine Kommission zur Begutachtung dieser Fragen zu ernennen, deren Bericht sich auch auf Vorschläge über etwaige Änderungen im Verwaltungsorganismus der Gesellschaft zu erstrecken haben würde, falls das Gutachten sich für eine Abtretung der Verwaltung an den Staat nicht aussprechen sollte. Fromberg hielt vor Beschlusssnahme in dieser Sache namentlich für notwendig, abzumachen, welchen Einfluß die Breslau-Posen-Glogauer Bahn auf die Rentabilität der Oberschlesischen Bahn äußern werde. — R. R. v. Nostitz bemerkte hierauf, daß die Vertagung der Beschlusssnahme sehr leicht die Ablehnung der Uebernahme der Verwaltung seitens des Staats zur Folge haben könnte, indem die Staatsregierung sich alsdann nicht mehr an ihren Vertragsentwurf gebunden erachten und der Oberschlesischen Eisenbahn Konkurrenz machende Unternehmungen gestatten werde. Gegen Vertagung der Beschlusssfassung sprach sich namentlich auch Kommerzienrat Bielefeld aus Posen aus, der mit nachdrücklichen Worten bemerkte: der Gegenstand sei bereits lange genug verhandelt und jedem Aktionär zur Kenntnis bekannt, die neuen Eisenbahnunternehmungen seien außerhalb vortheilhaft für die Oberschlesische Gesellschaft, daher könne einer Vertagung der Verwaltung nicht stattgegeben werden. Der Fromberg'sche Vertagungsantrag wurde hierauf mit 332 Stimmen gegen 132 abgelehnt. Bei Gelegenheit der weiteren Debatte erläuterte der Regierungskommissarius den Vertragsentwurf dahin, daß, falls die Verwaltung der Bahn an den Staat überlassen werde, der Staat zwar nicht gleichzeitig der Gesellschaft die Genehmigung zur Ausführung aller obengenannten neuen Bahnen ertheile, der Minister aber für den Fall, daß der Vertragsentwurf in einen definitiven Vertrag umgewandelt werde, für keinen anderen Bewerber als für die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft zur Anlegung dieser Bahnen bei Sr. Majestät das bestreitende Privilegium nachzuholen werde. Schließlich wurde alsdann folgende Frage gestellt: Beschließt die Versammlung die in Nr. 4 der Tagesordnung näher bezeichneten fünf Bahnen zu bauen und zu dem Zwecke die erforderlichen Konzessionen unter den von der Staatsregierung dafür gestellten Bedingungen durch Abschluß desjenigen Vertragsentwurfs nachzusuchen, welcher in dem Nachtrage zum Betriebs- und Baubericht pre 1855 Anl. E auf der ersten Kolumne abgebrückt ist? Mit Ja stimmten hierauf 204, mit Nein 118. Einer enthielt sich der Abstimmung, so daß demnach mit Nein 119 stimmten. Es ergaben sich also zusammen 323 Stimmen; statutenmäßig hat das Staatsmitglied ½ der in der Versammlung vertretenen Stimmen, hier also hatte dasselbe 54. Diese traten zu den bejabenden Stimmen hinzu, so daß also das Schlussresultat war: 119 Stimmen gegen 258 für die Bejahung obiger Frage, also über ⅔ (welche Zahl statutenmäßig erforderlich) für die Bejahung, demzufolge somit die Verwaltung nunmehr an den Staat übergeht.

Danzig, 28. August. [In Angelegenheiten der Presse; der Stadtrath Heinrich Behrend; die Prahl'sche Kapelle; Badefest.] Nr. 54 der "Ostbahn", die bei Eduard Levysohn in Marienwerder erscheint, war von der hiesigen Polizei mit Beschlag belegt worden, weil man einen Artikel, den Gesellentumult vom 30. Juni betreffend, für anstößig befunden hatte. Die folgende Nr. 55 gelangte gar nicht hieher, da sie bereits in Marienwerder auf Antrag der dortigen Staatsanwaltschaft konfisziert worden. Das Kreisgericht in Marienwerder hatte aus der Form des inkriminierten Artikels die Absicht zu beleidigen nicht erkannt und sich für Freigabe der Nummer entschieden; doch ist dieses Urteil in zweiter Instanz vernichtet worden und das dortige Appellationsgericht hat die Beschlagnahme aufrecht erhalten. Wie verlautet, wird der Verleger der "Ostbahn", der zugleich verantwortlicher Redakteur des Blattes ist, die Entscheidung der dritten und letzten Instanz nachsuchen, zumal die letzten Ereignisse in der Stadtverordnetenstiftung und so manches Andere die Sache in ein ganz neues Stadium gebracht haben dürften. — Die Wahl Heinrich Behrend's zum Stadtrath wird noch immer mit großer Lebhaftigkeit besprochen. Es ist kein Zweifel, daß er sein Amt antreten wird, und die Stadt Danzig kann sich dazu nur gratulieren. Ihr Korrespondent gehört nicht zu denjenigen, welche zu allen Zeiten und unbedingt mit seinen Ansichten übereinstimmen. Das aber steht fest, daß das Magistratskollegium an ihm ein Talent gewonnen hat, wie in Danzig ein zweites schwer aufzufinden sein möchte. Bei der Gabe einer schnellen Auffassung und Durchdringung jeder einzelnen Frage, bei gründlicher Bildung und vollkommener Weltkenntnis wohnt Herrn Behrend jenes Rechtsgefühl inne, welches stets zu Gunsten der gerechten Sache laut und warm sich erhebt. In seiner Rede ist jedes Wort am Platze; was er spricht, trifft immer den Nagel auf den Kopf, und man kommt nie bei ihm in Verlegenheit zu fragen: Was denn der langen Rede kurzer Sinn gewesen. In Danzig hat man angefangen, diesen Eigenschaften gebührende Beliebtheit zu schenken; das beweist B's Wahl zum Abgeordneten und jetzt zum Magistratsmitgliede. Ich nehme keinen Anstand, dies als ein gutes Zeichen für den sich immer mehr klarenden und läuternden Geist unserer Stadt zu bezeichnen, und hoffe von der Zukunft

das Beste. — Musikdirektor Prahl aus Marienburg giebt hier Konzerte, die leider nicht so besucht sind, wie sie es verdienen. Es ist immer eine seltene und beachtenswerthe Erscheinung, die Kapelle eines kleinen Ortes in so trefflicher Zusammensetzung und von so viel loblichem Eifer besetzt zu sehen. Nur scheint es mir, als ob der Direktor hin und wieder die Sache etwas zu leicht nähme, und, von dem Weihrauch seiner Freunde (es gilt nirgend mehr, als bei den Künstlern, das bekannte: "Gott bewahre mich vor meinen Freunden!" D. Ried.) entzückt, an Strenge nachlässt. Ohne Strenge aber hat das Talent keine Zukunft. In einigen Vorträgen ist die gewohnte Präzision, welche die Kapelle auszeichnete, vermisst worden; man möchte nicht gründlich genug probt haben und schien Vieles über's Knie brechen zu wollen. — In Zoppot wird nächsten Sonntag mit Konzert, Feuerwerk und Ball das Badefest gefeiert werden. Wenn die Saison auch keine glänzende war, so ist sie doch immer noch besser ausgefallen, als man Anfangs erwartete, wozu die reizende Lage des Badeortes, das nahe Oliva mit seinen herrlichen Waldpartien und dem unvergleichlichen Garten seiner Abtei nicht wenig beigetragen haben mögen. Ein frisches und fröhliches Badelen, wie es an anderen Kurorten herrscht, gehört hier freilich zur terra incognita, und daran ist eben nichts schuld, als — ich bitte um Verzeihung, freundlicher Leser, der Du dieser Zierde gleichfalls theilhaftig sein solltest — als der Danziger Zopf!

Elbing., 26. August. [Dampfschiffahrt.] Auf Anregung des Herrn Wenischner in Bromberg, Besitzer des zwischen diesem Orte und Thorn fahrenden Dampfschiffes "Bromberg", haben die Eigentümer der zwischen Bromberg, Danzig, Elbing, Königsberg und Tilsit regelmäßig fahrenden Dampfschiffe mit dem eben genannten Herrn eine Einigung Beabsicht möglichst schneller Beförderung von Gütern auf der ganzen Wasserstraße von Thorn bis Tilsit getroffen. Die zwischen den genannten Orten kursirenden Dampfschiffe berühren auf ihren Fahrten noch Culm, Graudenz, Kurzebrück bei Marienwerder, Platenhof bei Tiegenhof, Pillau, Kapitan, Labian, Lappien und Skopen und werden auch von und nach diesen Orten Güter mitgenommen. Es fährt 1) zwischen Thorn und Bromberg Dampfschiff "Bromberg" wöchentlich dreimal; 2) zwischen Bromberg und Danzig Dampfschiff "Elbing", monatlich dreimal; 3) zwischen Danzig und Elbing Dampfschiff "Julius Born", wöchentlich dreimal; 4) zwischen Elbing und Königsberg Dampfschiffe "James Watt" und "Expres", wöchentlich dreimal; 5) zwischen Königsberg und Tilsit Dampfschiffe "Schnell" und "Vorwärts", wöchentlich dreimal.

Heilsberg., 26. August. [Manöver.] Nach den bis jetzt getroffenen Bestimmungen werden Ihre Majestäten der König und die Königin ihre Reise nach den Provinzen Pommern und Preußen zu den Manövern des 2. und 1. Armeekorps am 29. d. M. antreten und das erste Nachlager in Stargard nehmen. Die Parade des 2. Armeekorps findet am 30. d. M. bei Stargard und die des 1. Armeekorps am 6. Septbr. bei Heilsberg statt. Die Feldmanöver dieser Armeekorps beginnen beziehungsweise am 1. und 8. Septbr. Am 15. Septbr. gedenken sich Ihre Majestäten von Königsberg i. P. bis Bromberg zu begeben und am 16. September von dort über Stettin nach Potsdam zurückzufahren. — Die Aufgänge zum Schloss, die Seitenwände und Kolonaden im innern Schloßhofe, endlich die größten Räume im Schlosse selbst, namentlich der Rittersaal, 100 Fuß lang, 50 Fuß breit (ähnlich dem Konventsraum des Schlosses Marienburg) sind in der Reparatur vollendet. Im Rittersaal soll täglich dienst und soupiert werden. Man rechnet dabei auf jedesmal 180 Gäste. Das Gefolge des Königs, welcher den 3. Septbr. in der Stadt Heilsberg eintrifft, wird aus 140 Personen bestehen. Im Schlosse werden 60 Personen logieren; der König bezieht die Amtswohnung des Superintendenten Böhme. Das Heilsberger Kreisblatt veröffentlicht heute eine landrathliche Bekanntmachung, nach welcher die Manöver vom 4. bis incl. 12. Septbr. stattfinden. Am 4. Septbr. erfolgt das sogenannte große Rendezvous der sämischen Truppen, die sich hier in einer "Westarmee" und "Ostarmee" sondern. Am 6. Septbr. wird die große Parade vor dem Könige abgehalten. Die Manöver werden dann am 8. wieder aufgenommen und bis zum 12. fortgesetzt. (K. H. S.)

Magdeburg., 25. August. [Hazardspiel.] Die Abtheilung für Strafsachen des hiesigen k. Stadts- und Kreisgerichts hat in ihrer vorigen Sitzung vier hiesige Einwohner, einen Restaurateur, einen früheren Gastwirth, einen Stadt- und Kreisgerichts-Sekretär a. D. und einen Goldarbeiter, wegen Duldung von Hazardspielen in ihren Lokalen, resp. wegen gewerbsmäßig betriebenen Hazardspiels zu erheblichen Strafen verurtheilt. Den Verhandlungen, die den größten Theil des Tages in Anspruch nahmen, wohnte ein zahlreiches Publikum bei, unter denen man namentlich sehr viele hiesige Gast und Schankwirth bemerkte. Von den Betroffenen soll Appellation eingeleget sein. (M. C.)

Marienburg., 27. Aug. [Erntefest; Arbeiter; gegen den Branntwein.] Unsere Stadt und Umgegend gedenkt Anfangs k. M. nach so vielen Katastrophen, die unsern Werden getroffen hatten, zum Gedächtniß der jehigen, vorzugsweise so gesegneten Ernte ein großes Dank-Erntefest zu feiern. Es soll dasselbe ein allgemeines Volksfest werden, an welchem der ganze Kreis Theil nehmen wird. Die einzelnen Dorfschaften unserer beiden Werder sind aufgefördert worden, zu dem zu fertigenden Erntekranz Aehren aus ihrer resp. Feldmark zu liefern, zur Dokumentirung von der Vorzüglichkeit ihres gebauten Getreides. Die Anzahl der ländlichen Ortschaften unseres Kreises beträgt nicht weniger als 170, und wird der Erntekranz demnach kein kleiner werden. Das Fest beginnt mit einem Erntekorso und wird der Aufzug vom Burghofe seinen Weg nach dem Burggarten nehmen. — Aus der Maschinenfabrik in Dirschau gehen viele Arbeiter ab, um in Russland bei der Anlage neuer Eisenbahnen ihr Glück zu machen. — Die kathol. Geistlichen unserer Gegend haben Kraft ihres Beichtefusses dahin gewirkt, daß der größte Theil der arbeitenden ländlichen Bevölkerung sich ganzlich des Branntweinvergnusses enthält. In allen Dörfern klagen nun die Krüger über Brotofigkeit, hoffen jedoch, daß das Volk für die Dauer sich in diesem Entschluß nicht halten werde. (Sp. 3.)

Ostreich., Wien, 25. August. [Gegen Aktienschwund; Marine-Etat.] In unserm Finanzministerium wird die Publikation eines Gesetzeswurfs vorbereitet, welcher die Stellung der Gründer und der Direktoren von Aktiengesellschaften im österreichischen Staatsverband zu den Gesellschaftsmitgliedern in einer von den bisher in dieser Beziehung üblichen Anschauungen sehr abweichenden Weise regeln wird. Die neue Verordnung wird die Interessen der Aktionäre in viel bestimmter begrenzten Formen sicher stellen, und namentlich den übermächtigen Einfluß des Direktoriums in Bezug auf die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens in die erforderlichen Schranken weisen. Die sonst gebräuchliche Tantieme für die Gründer und Leiter des Unternehmens soll ganz aufgehoben und die Fassung von wichtigeren Beschlüssen von der Zustimmung einer bedeutend größeren Anzahl von Mitgliedern als bisher dazu nötig waren, abhängig gemacht werden. Ein Gesetz, wie das vorberei-

te, ist, abgesehen davon, daß es Vorgänge der Art, wie sie von den Mitgliedern des österreichischen Staats-Gesellschaftsvereins bestellt werden, ganz verhütet, ein dringendes Bedürfnis, eine Kontremine gegen den Schwundgeist, welcher immer im Gefolge eines jeden materiellen Aufschwunges zu entstehen sucht, ohne gesetzt zu haben. Wie bedenklich unserer Regierung das bisherige in dieser Richtung herrschende Treiben erscheint ist, und welches Gewicht sie auf das neue Gesetz legt, ist leicht ersichtlich beim Hinblick auf den Umstand, daß bekanntlich bis zur Publikation der besprochenen Verordnung keine von den mannigfachen Unternehmungen, die jetzt im Werden sind, konzessioniert werden soll. Se. Majestät hat den Finanzminister beauftragt, Vorschläge zu Ersparnissen im Staatshaushalt zu machen, um die erübrigten Summen für den Bau von Kriegsschiffen zu verwenden. Diese Ersparnisse werden namentlich in dem Militärbudget möglich werden, da nach der Einführung des seiner Veröffentlichung nahen Rekrutierungsgesetzes die Ausgaben für die Armee sich selbstverständlich um mehrere Millionen jährlich vermindern müssen. Ferner soll ein Theil der durch die bald in Kraft tretende Erhöhung der Grundsteuer dem Staatschafte aufzubringenden Einnahme zu dem gleichen Zwecke benutzt werden. Schon in diesem Herbst beginnt der Bau einer Fregatte und zweier Korvetten. (M. P. B.)

Wien., 26. August. [Kanal von Czernawoda nach Küstenlandschaft.] Die Angelegenheit wegen Herstellung eines Kanals von Czernawoda nach Küstenlandschaft, um die Donau an der Stelle, wo sie sich dem Meere schon sehr nähert, aber wieder nordwärts geht und erst nach einem großen Umwege in das Schwarze Meer mündet, mit diesem in Verbindung zu setzen, schreitet rüstig fort, und hegt man die Erwartung, daß im Frühjahr mit dem Kanalbau wird vorgegangen werden können. Die Nivellirungen und Vermessungen, so wie die übrigen Vorarbeiten können als beendigt angesehen werden. Es liegt jetzt der Plan zum Bau des Kanals der hohen Pforte vor, um von ihr die schlesiische Genehmigung für den Beginn der Arbeiten zu erlangen. Ist diese gegeben, woran man glaubt nicht zweifeln zu dürfen, so wird zur Bildung einer Aktiengesellschaft geschritten werden, und soll hierbei eine gleiche Beteiligung Österreich, Frankreich und England bewahrt bleiben. Bei dem außerordentlichen Bedürfnisse des projektierten Kanals unterliegt es keinem Bedenken, daß das erforderliche Kapital in kürzester Zeit aufgebracht sein wird. Den jeglichen Vorarbeiten sind schon früher vorgenommene Vermessungen und Nivellirungen sehr förderlich gewesen, denn schon im Jahre 1730 war ein Kanal in der angegebenen Richtung projektiert. Man gründete die Ausführung des damaligen Plans darauf, daß in der Richtung von Czernawoda nach dem Meere ein alter Kanal vorhanden sein müsse, der von den Thraciern oder Römern angelegt worden sei. In der That fand sich ein solcher Kanal, der jedoch ganz verschüttet war. Das Projekt kam nicht zur Ausführung. Aber im Jahre 1838 tauchte von Neuem die Absicht, die Donau mit dem Meere direkt in Verbindung zu setzen, auf. Diesmal handelte es sich aber nicht um einen Kanal, sondern um eine Landbeförderung in dieser Richtung. Die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft hatte die Absicht, die von ihr zu befördernden Waren und Personen von Czernawoda aus nach dem Schwarzen Meere zu schaffen. Da aber Bauten auf türkischem Gebiet für diesen Zweck vorgenommen werden mußten, so kam es darauf an, die Genehmigung der hohen Pforte dafür zu erreichen. Hierbei stellten sich erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Nichtsdestoweniger gelang es, die Landbeförderung im Jahre 1840 ins Leben treten zu lassen. Aber die Art und Weise der Landbeförderung genügte nicht, und sie wurde im Jahre 1844 wieder aufgegeben. Dagegen wurde eifrig der Plan verfolgt, eine Eisenbahn in der bezeichneten Richtung zu bauen. Aber auch dieses Projekt stieß auf so vielfache Bedenken, daß seine Ausführung immer mehr und mehr verzögert wurde, bis endlich der orientalische Krieg die Veranlassung geworden ist, einen Kanalbau ins Leben zu rufen. Die Wichtigkeit eines solchen Kanals liegt auf der Hand, da derselbe nur eine Länge von acht bis neun deutschen Meilen haben würde, wogegen der Weg von Czernawoda auf dem Flusse bis zur Mündung entlang 75 deutsche Meilen beträgt und bei der Ausfahrt aus der Donau die Schwierigkeit hat, daß wegen der vielfachen Versandungen kostspielige und zeitraubende Ableichungen vorgenommen werden müssen. (3.)

— [Die Intervention in Italien; die Protestanten in Ungarn.] Ein Theil der englischen Presse hat, wie Ihnen nicht entgangen sein wird, bei Besprechung der, übrigens im höchsten Grade ungenauen (?) Analyse, welche die "Königl. Ztg." als den gelreuen Inhalt der neapolitanischen Antwortnote brachte, die Nichtintervention als Prinzip aufgestellt, mit der Seitenbemerkung auf Ostreich, daß England auch eine Intervention zu Gunsten der Regierung beider Sicilien im eintretenden Falle nicht dulden werde. Unser Kabinett würde sich nun schwerlich in solchem Falle Raths bei gewissen Organen des britischen Kaiserreichs erholen; da aber einmal von dieser Seite der Gegenstand in hervorgehobener Weise der öffentlichen Besprechung unterzogen ist, so mag es immerhin gut sein, auf die eigene Erklärung unseres Kabinetts hinzuweisen. Diese findet sich denn auch gerade mit spezieller Beziehung auf die italienischen Verhältnisse in der Depesche unseres Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Cavour, vom 18. Mai dieses Jahres, welche an unsere diplomatischen Agenten an den italienischen Höfen gerichtet war, um sie den betreffenden Ministern mitzuteilen und über die darauf erhaltenen Erklärungen Bericht zu erstatten. In dieser Depesche heißt es in Zurückweisung ähnlicher Behauptungen des Grafen Cavour, wie sie jetzt engl. Blätter zu den ihrigen machen zu wollen scheinen: "Der Kaiser und seine erlauchten Vorfahren haben, in der Ausübung eines unbestreitbaren Souveränitätsrechts, mehr als einmal bewaffneten Beifall Nachbarn gewährt, welche diesen Beifall gegen äußere oder innere Feinde gefordert. Dieses Recht gedenkt Ostreich aufrecht zu erhalten und sich die Befugnis zu wahren, eventuell davon Gebrauch zu machen." Diese Grundsätze, denen die italienischen Regierungen, wie ich aus glaubwürdiger Quelle hinzufügen kann, ihre unbedingte Zustimmung erheiht haben, sind zu den verschiedensten Zeiten innerhalb des europäischen Staatsystems in praktischer Geltung gewesen, und in mehr als einem Falle von den Großmächten zur Anwendung gebracht, namentlich auch z. B. auf dem Kongresse zu Vervona als allgemein gültiges Recht ausdrücklich anerkannt und öffentlich proklamiert. Selbst das damalige engl. Kabinett konnte nicht umhin, wenn auch mit einer lahmen Verklausulierung, sie anzuerkennen. Anders freilich verhält es sich mit einer Intervention, die wider den Willen des Souveräns diesem aufgezwungen wird, eine eigenhümliche Spezies der Hülfeleistung, wie sie nur das "hochherzige" Sardinien zu gewähren im Stande ist (!). Diesen Thatbestand hob schon den Untrieben des Grafen Cavour gegenüber unser zweiter Bevollmächtigter, Freiherr von Hübsner, auf der Pariser Konferenz hervor, indem derselbe dem von jugendhafter Entrüfung überfliehenden sardinischen Minister einfach vorhielt: "daß die Gemeinden Mentone und Roquebrune seit acht Jahren von Sardinien besetzt, und der einzige Unterschied dieser Besetzung von der Okkupation des Kirchenstaates darin zu suchen sei, daß die Ostreicher (und Franzosen) durch

den Souverän des Landes herbeigerufen, die sardinischen Truppen hingegen durchaus den Wünschen des Fürsten von Monaco entgegen in dessen Gebiet gedrungen wären und sich dort, den Vorstellungen des Souveräns dieses Landes ungeachtet, behaupteten." Das übrigens unsere Regierung die in den besonderen Fällen geleistete Hülfe sofort zurückgezogen hat und aus dem jetzt okkupirten Gebieten zurückzuziehen selbst schriftlich wünscht, sobald die hergestellte Ordnung es gestattet und der hülfesuchende Souverän es wünscht, darüber bedarf es einer weiteren Bemerkung nicht, und genügt es statt dessen, auf die Geschichte sowie auf die Erklärungen in der oben erwähnten Depesche vom 18. Mai zu verweisen. — Während in einigen Berliner Blättern die Protestantengesellschaften mit wahrhaft rührendem Mitleid überschüttet werden und es den Anschein gewinnt, als müßten sie in anderen Ländern sich das Geld zu Kirchen- und Schulbauten "erbetteln", ist unsere Regierung mit der väterlichsten Fürsorge bereit, ihnen die freieste Organisation und Selbstbewegung zu verleihen und ihren Wünschen in jeder Weise zu entsprechen. Die hinen kurzem erwartete Publikation der bereits sanktionirten Bestimmungen, nach denen den Protestantengesellschaften die umfassendste Presbyterial- und Synodalverfassung gewährt wird, wird am besten einerseits den Willen unserer Regierung darthun, allen anerkannten christlichen Konfessionen gerecht zu werden, sowie andererseits dadurch dokumentiert werden wird, welcher Werth auf die Darstellung auswärtiger Blätter über die Verhältnisse des Kaiserstaates gelegt zu werden verdient. (B. B. 3.)

Laibach., 22. August. [Der Franzdorfer Viadukt.] Der letzte Bogen des Viadukts in Franzdorf, dieses kühnsten und umstrittenen großartigsten Bauwerkes auf dem europäischen Kontinente, sagt die "Lainbacher Ztg.", ist hier am 18. geschlossen worden. An diesem Riesenwerke, welches den kolossalen Römerbauten würdig zur Seite steht, wurde seit sechs Jahren gebaut, und dasselbe bietet nun einen imposanten Anblick dar. Die 24 aus mächtigen Quadern aufgeföhrten Pfeiler, die doppelte Galerie in einer Höhe von 20½ und einer Länge von 280 Meter haben nicht ihres Gleichen. Da steht nun der Riesenbau und läßt dem Beobachter tiefe Bewunderung vor menschlicher Energie und Thatkraft ein. Am Geburtstage Sr. k. k. Majestät fuhren die ersten kleinen Bahnwagen an der Eisenbahn von hier nach Franzdorf (mit alleiniger Unterbrechung der Strecke von Goriza bis zum Trautber), welche die zu dieser Feierlichkeit Geladenen von hier dahin brachten.

Bayern., München, 25. August. [Gerichtsorganisation; Bierstatistik.] An den Vorbereitungen zur Durchführung der thielweisen Gerichtsorganisation wird eifrig gearbeitet. Ein geheimer Ministerialsekretär bereitet gegenwärtig die sieben diesheimischen Provinzen, um die Gebäude ausfindig zu machen, theils abzulösen, theils neu zu erwerben, in welche die Bezirksgerichte verlegt werden. In Schwaben hat er bereits seine Kommission vollendet und befindet sich gegenwärtig in Niederbayern. — In der letzten Magistratsitzung kam eine interessante Bierstatistik von München vor: es wurden in diesem Jahre 377,261 Eimer Bier gebraut; von dieser Quantität ist nicht mehr viel übrig, so daß die Brauer noch diesen Monat mit dem Brauen des neuen Winterbiers beginnen müssen. Täglich werden in München 2298 Eimer oder 137,880 Maaf Bier konsumirt, wobei aber ausdrücklich bemerkt wurde, daß auch die Fremden ein hübsches Quantum mittrinken helfen. (Fr. 3.)

Hannover., 25. August. [Kammer.] In heutiger Sitzung kam folgender Antrag des Finanz-Konferenzausschusses zur kurzen Beratung. Er lautet: "Unter Voraussetzung einer Verständigung über die neue Regelung des Militäretats: 1) der k. Regierung nach ihrem Antrage zur Tilgung des schon am letzten Juni 1854—1855 bestandenen Defizits der Kriegskasse die erforderliche Summe von 127,000 Thlrn. aus dem Kapitalienfond der k. Generalkasse, und 2) einstweilen den zu 318,000 Thlrn. angegebenen extraordinairen Gesamtbedarf der Kriegskasse für 1855—1856 zu nachträglicher Anrechnung auf das Budget der k. Generalkasse für 1855—1856 hiermit zur Verfügung zu stellen." Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Württemberg., Stuttgart, 26. August. [Se. k. H. der Kronprinz] war von einem heftigen katarrhalischen Fieber ergriffen, welches jedoch nach einigen Tagen einen geregelten Verlauf nahm. Am 24. trat eine Fieberminderung ein. Nach dem heutigen Bulletin befindet sich Se. k. H. besser, das Fieber hat wesentlich nachgelassen, die Nacht war gut. Erst übermorgen erscheint wieder ein Bulletin.

Baden., Karlsruhe, 24. August. [Zur Vermählung.] Am 20. Sept. findet bekanntlich die Trauung unseres Regenten in Berlin statt; dann bleibt das neuvermählte Paar noch einige Tage dort, am 26. trifft es zu Wasser in Mannheim ein und am 27. hält es hier seinen feierlichen Einzug; sodann folgen einige Tage lang Hoffeste und Empfang der aus den vier Kreisen anlangenden Deputationen. Am 4. Okt. begiebt sich das fürstliche Paar nach dem Bodensee, wo es auf der Insel Mainau 14 Tage in stiller Abgeschiedenheit zubringen wird. Sodann erfolgt die Rückkehr hierher.

— [Goldgewinnung in Baden.] Es steht fest, daß der Rhein weder größere Stücke noch Körner, sondern nur sehr feine, runde, dicke Blättchen Gold, von 1 Millimetre Durchmesser (0,934 Gran Gold, 0,066 Gran Silber enthaltend), mit sich führt. Das Waschen ist frei, nur muß das Gold an die großherzogl. Münze abgeliefert werden, die per Krone 5 fl., den wirklichen Werth vergütet. Ungefähr 400 Männer und Frauen liegen diesem Geschäft ob, deren Tagelohn sich auf 30 Kr. bis 1 fl. in Glücksfällen auch auf 5—7 fl. berechnet. Jetzt liefert die Wäscherie jährlich 1800—2000 Kronen und sind in diesem Jahrhundert bereits circa 100,000 Kronen, 7—8 Kr. Gold, im Werth von 500,000 fl. gewonnen worden. Schon im Mittelalter wurde zwischen Basel und Mannheim Gold gewaschen, und dirkte manche Stadt, manches Dorf seinen Ursprung von den Ansiedlungen der Goldwascher ableiten.

Heidelberg., 26. August. [Die Universität.] Die Besorgniß, daß in dem nächsten Wintersemester die Studentenzahl auf unserer Hochschule sich mindere, schwindet immer mehr, da bei dem Schlusse des letzten Semesters verhältnismäßig weniger Abgangszeugnisse von Studenten verlangt wurden, als in anderen Semestern, was man jetzt mit Bestimmtheit aussprechen kann. Auch liegen Fälle vor, daß gerade durch die in der letzten Zeit eingetretenen Veränderungen in den äußeren Studentenverhältnissen Eltern sich veranlaßt fanden, ihre Söhne auf hiesiger Hochschule zu belassen, theils sie hieher zu schicken. (Fr. 3.)

Bremen., 27. August. Unter dem heutigen Datum ist die diesseitige amtliche Publikation des am 26. Januar d. J. mit den Staaten des Bollvereins wegen Beförderung des gegenseitigen Verkehrs abgeschlossenen Vertrags, nebst dessen Anlagen, sowie des Vertrags mit den Westerflächen, wegen Suspension der Westerflöze, von demselben Tage erfolgt. (W. 3.)

Frankfurt a. M., 26. August. [Börse; Herbstmesse; Konferenz evang. Geistlichen; Kunstsverein.] Unsere Börse zeigt

wieder etwas neues Leben, und obgleich die Kurse nicht gerade in die Höhe gehe, so sind sie doch sehr fest und die Käufer zahlreicher, als die Verkäufer. Neben östlichen Staatsbahn- und Kreditinstituten waren neuerdings die Affiliaten der Darmstädter Bank wieder sehr gesucht. In der wichtigsten Banköffnung vom 19. d. M. wurde die Frage einer neuen Eingabe erörtert, aber noch keineswegs beschlossen. Sodann ist zu erwähnen, daß die Darmstädter Bank sich zwar in bedeutender Weise bei der zu gründenden Hessischen Gesamtbank zu beteiligen gedenkt, dagegen jede Beteiligung an der sogenannten Kontinentalsbank abweist. Ferner hat die Darmstädter Bank die Absicht, als einer der Hauptbeteiligten bei den russischen Bahnen zu partizipieren, oder dieses Geschäft ganz oder zum Theil zu übernehmen. — Der Großhandel der Herbstmesse hat gestern bereits begonnen, obwohl die Messe eigentlich erst übermorgen beginnt. Es sind große Massen Waren aus den Vereinsländern hierher geführt worden, denn alle Welt hofft eine gute Messe. Insbesondere ist der Markt ganz vorzüglich reich mit wohlenen Waren aus den Vereinsländern ausgestattet, und man kann, wenn der Zubrung der Käufe nicht großartig wird, mit Sicherheit auf einen Rückgang der Preise rechnen. Glücklicherweise aber scheint der Großhandel recht bedeutend werden zu wollen, denn es zeigen sich bereits viele Kaufstätte aus weiter Ferne, aus Gegenden, die sonst nur nach Leipzig Kontingente zur Messe schicken. Was die Leidmesse betrifft, so bezweifelt man, daß große Vorräte hierher kommen und daß die hohen Lederpreise zurückgehen werden, im Gegenteil, man erwartet einen übermaligen Aufschlag von 10 Prozent. — Am 3. September wird auf dem nahegelegenen Sandhof die freie Konferenz evangelischer Geistlichen aus Frankfurt und den Nachbarländern stattfinden. Gegenstand und Grundlage der Verhandlungen werden diesmal Thesen bilden, über die Bekämpfung des Materialismus durch die Kirche, vorgelegt von Dr. Kalb, Pfarrer zu Frankfurt. Das Thema hat eine gewisse Wichtigkeit, seitdem die kürzlich erschienene Schrift von Büchner: „Kraft und Stoff“, so viel Sensation in unserer Gegend macht, daß seitdem die Lektüre der Schriften von Moleschot, Vogt u. s. w. nicht mehr nur von den Männern der Wissenschaft cultiviert wird. — Unser neuer Kunstsverein schreitet immer mehr vorwärts. Zu seinem großartigen Lokale hat er jetzt in demselben Hause noch einen großartigen Saal mit einfallendem Lichte gemietet, um auch Gemälde von großartiger Dimension zur Ausstellung zu bringen. Es ist das dieselbe Lokalität, in welcher früher die Städtische Gallerie sich befand. In den nächsten Tagen schon soll ein solches großartiges Bild von Professor Piloth in München ausgestellt werden, nämlich „die Schlacht am weißen Berge.“ Der Ankauf von Gemälden in diesem Jahr dürfte das Doppelte von dem betragen, was der Kunstsverein im vorigen Jahre ankaufte.

Hamburg. 25. August. [Eisenbahnbau.] Nachdem das Projekt einer Überbrückung der Elbe und einer Eisenbahn zwischen Hamburg und Harburg dadurch seiner Verwirklichung näher gerückt ist, daß die hannoversche Regierung die von ihr früher erhobenen Ansprüche auf Ertheilung von Hoheitsrechten über den auf hamburgischem Gebiet anzulegenden Bahnhof hat fallen lassen, sollen vor einiger Zeit abseiten der hannoverschen Behörden die Pläne und Zeichnungen über die Führung der Bahn hier vorgelegt sein. Die Hauptdifferenz zwischen den beiden Regierungen bilde nunmehr lediglich der Ort, wo die Überbrückung stattzufinden hätte, indem von hannoverscher Seite die Überbrückung vom Grasbrook aus in der Gegend der jetzigen Fähre gewünscht wird, während hier die Überbrückung etwa eine halbe Stunde höher die Elbe hinunter in der Gegend von Rothenburgsort im Interesse der Schifffahrt gerathener erscheint. (Wes. 3.)

Hessen. Kassel, 26. August. [Ministerverantwortlichkeit.] Es scheint wenigstens nicht, als ob Staatsminister Schäffer Anklagen gegen Verfassungsverlegung befürchte, wie sie bekanntlich gegen Hassenpflug einmal erhoben wurden; er würde sonst schwerlich in einem bezüglichen Punkte dem ständischen Antrage entsprochen haben. Dieser ging nämlich dahin, daß nicht nur wegen Verlegung einer positiven Verfassung bestimmt, sondern auch wegen Verlegung einer deutlichen, wenn auch von negativem Inhalt, eine Ministeranklage statthaft sei, und daß daher im §. 78 resp. 121 der Verfassungsurkunde das bezügliche Wort „positiv“ in „deutlich“ verwandelt werde. Hassenpflug lehnte diesen Antrag ab, aber sein Nachfolger hatte kein Bedenken, ihn zu genehmigen. (M. 3.)

Fulda, 24. August. [Jugendlicher Verbrecher.] Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde gestern ein elternloser und verwahrloster Knabe von zehn Jahren aus Soega bei Hersfeld zu zwölf Jahren Zwangsarbeitshaus verurtheilt, weil er sein vierjähriges abzehrendes Schwesternchen, das von ihm gewarzt und getragen werden mußte, aus Überdrüß an diesem Hinderniß des Bettelns und Bagabundirens, erschlägt hat. Der kleine Verbrecher gestand sein Verbrechen erst nach der Verurtheilung ein, während er vorher einen andern ganz schuldlosen Knaben beharrlich als den Thäter bezeichnete. (Fr. 3.)

Worms, 26. August. [Luthermonument; dänische Konsequenz.] Der Plan, Luther eine Bildsäule zu errichten, wird die Genehmigung der großh. hess. Regierung nicht erhalten. — Vor den Ereignissen der Jahre 1849 und 1850 führten die Behörden der unter dänischer Hoheit stehenden, zum deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer in den eigenen und den fremden an sie gerichteten Aktenstücken den Titel: „Herzogliches Amt u. s. f.“ Als nun jüngst an einen unserer Regierungsbezirke eine Mitteilung mit der Überschrift: „Königliches Amt Rendsburg“ kam, glaubte dieser die Erwiderung mit der bisherigen Aufschrift: „Herzogliches Amt“ abgehen lassen zu müssen. Es ist nun der fragliche Brief an die aufgegebene Stelle als nicht bestellbar wegen „unkennbarer Adresse“ zurückgekommen. (B. B. 3.)

Holstein. Kiel, 22. August. [Der Anklagerecht] in Sachen des Präsidenten der holsteinischen Ständeversammlung, Kammerherrn C. v. Scheel-Plessen u. c. wider den Minister ad interim für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg c. Geh. Konferenzzrat von Scheele, wegen Verlegung der Verordnung vom 11. Juni 1854, betreffend die Verfassung des Herzogthums Holstein, verfaßt von Friedericu. und datirt vom 1. d. liegt uns nunmehr im Druck vor und umfaßt mit den Anlagen 52 Folios Seiten, wovon etwa die Hälfte eine sehr umständliche Motivierung, die andere Hälfte eine Reihe von Belägen enthält. Der Antrag des Anklägers lautet dahin: „Ein königl. Ober-Appellationsgericht wolle für Recht erkennen, daß zur Erlaßung folgender, ohne die verfassungsmäßig erforderliche vorgängige Zustimmung der Versammlung der Provinzialstände erlassenen gesetzlichen Verfassungen: 1) der Resolution vom 9. Mai b. J., betreffend die Trennung der Justiz von der Administration in den Amtmannen Kiel, Cronshagen und Bordesholm, 2) der Instruktion für den Kurator der Universität zu Kiel, wie aus Oberdirektor der gedachten Stadt und Kommissär für den benachbarten Güterdistrikt vom 9. Mai b. J., 3) der Verfassung vom 9. Mai b. J., betreffend die fremde Courant-Scheidemünze, 5) der Resolution vom 13. und 25. September b. J., betreffend die Trennung der Justiz von der Administration in den Amtmannen Neimbeck, Trittau und Trembüttel, 6) der Instruktion für den Kommissär für die adeligen Güter Ahrensburg, Blumendorf, Borsfleth, Höltelklinken, Hohenholz, Hörnsbüttel, Jersbeck mit Stegen, Krumbek, Schubelburg, Wulfsfelde, den gräßlich Schimmelmannschen Anteil des Gutes Wandsbek, und die Kanzleigüter Selsk und Langstedt und den nicht landesherrenlichen Theil von Wellingsbüttel vom 27. Septbr. b. J., 7) des Ministerialschreibens vom 29. Septbr. b. J., betr. die dem Amtshause für die Amtmannen Kiel, Cronshagen und Bordesholm zustehende Polizeistrafgewalt, 8) der Bekanntmachung für das Herzogthum Holstein vom 22. Dezbr. b. J., betreffend die Ausdehnung des gegen den Gebrauch der freuden Courant-Scheidemünze erlassenen Verbots auf den Grenzdistrikt, ein dringender Grund nicht vorhanden gewesen sei, daß diese Verfassungen verfassungswidrig erlassen seien und daß daher der angeklagte Minister ad interim für das Herzogthum Holstein sein Amt verbrochen habe.“

Die Vertheidigungschrift für den gedachten Minister, verfaßt von C. C. H. Bargum, ist bereits vom 24. v. M. datirt und umfaßt nebst acht Anlagen 72 Folios Seiten. Der Schlussantrag lautet, wie folgt: „Der Etat hat

an das Königliche Oberappellationsgericht die Bitte gestellt, dasselbe wolle für Recht erkennen: „Dab zur Erlaßung folgender, ohne die verfassungsmäßig erforderliche zugängige Zustimmung der Versammlung der Provinzialstände erlassenen gesetzlichen Verfassungen, nämlich (folgt die Aufzählung) c. ein dringender Grund nicht vorhanden gewesen sei.“ Das königl. Oberappellationsgericht wird dieser Bitte nicht entsprechen können. Es würde überhaupt eine schwierige Aufgabe, auch für den höchsten Gerichtshof des Landes, auch für dasjenige Kollegium sein, bei dessen Mitgliedern man die reichste Kenntnis der Gesetze und die höchste Intelligenz voraussetzen darf, ein Urtheil darüber zu fällen, ob für die Regierung von ihrem Standpunkte aus, nach dem ihr bekannten Verhältnissen, zur Erreichung der von ihr verfolgten Zwecke, hinreichend dringende Gründe vorhanden waren, um eine gelegte Verfassung zu erlassen; allein das königl. Oberappellationsgericht würde sich dieser Beurteilung und Entscheidung nicht entziehen können, wenn derjenige Fall wirklich vorliege, den die Verfassung vor Augen gehabt hat. Wenn die Regierung ein Gesetz, welches ohne Zustimmung der Stände definitive Gültigkeit nicht erlangen konnte, bis zur nächsten Versammlung der Stände mit provisorischer Geltung erlassen hätte, weil sie es für so dringlich hielt, daß sie von dem im §. 13 der Verfassung ihr gegebenen Rechte Gebrauch mache, wenn dann die Stände die Erlaßung nicht für dringlich hielten, und nach §. 14 der Verfassung die Entscheidung „dieser Frage“ dem königl. Oberappellationsgerichte vorlegen, dann würde letzteres die Gründe für und gegen die Dringlichkeit abwägen und sie bejahen oder verneinen müssen. Das hohe Gericht wird es aber nicht als seine Aufgabe ansiehen können, bei jeder Verfassung der Regierung, von welcher die Stände glauben, daß ihnen dabei eine Mithilfe zusteht, die Regierung dies aber bestreitet, zu entscheiden, ob die Verfassung dringlich war, oder nicht, und bei der Verneinung der Frage die Folgen eintragen zu lassen, welche nach §. 14 der Verfassung nur für einen ganz speziellen Fall angestrebt sind. Der Etat hat ferner beantragt, das königl. Oberappellationsgericht wolle erkennen: „dass diese Verfassungen verfassungswidrig erlassen seien.“ Auch diesem Vertrage kann keine Folge gegeben werden. Dieses hohe Gericht ist bis dahin nicht von Sr. Maj. dem Könige und nicht durch die Verfassung selbst beauftragt, bei jedem Konflikt zwischen der Regierung und den Ständen die Entscheidung abzugeben. Gerne will der Vertheidiger zugeben, daß der höchste Gerichtshof des Landes die geeignete Behörde sein würde, alle solche Konflikte zu entscheiden; gerne will er dem bestimmen, was Buddens (die Ministerverantwortlichkeit in den konstitutionellen Staaten, Leipzig 1833. S. 81) von den Mitgliedern eines Justizgerichtshofes sagt: Sie sind nicht Volksrepräsentanten, und daher nicht schon durch ihre Stellung für eine oder die andere Partei bestimmt; sie sind nebenbei durch ihren gewohnten Beruf, die Persönlichkeit ganz von der Sache zu scheiden, und letztere mit Ruhe zu bearbeiten, wie sie vorliegt, ohne den Wünschen eines erregten Gefühls dabei einen Einfluß zu gestatten, ganz dazu geeignet, auch in einer so schwierigen Sache den Forderungen des Rechts und des Staatswohls von denen einer leidenschaftlichen Aufregung zu scheiden, und so das Richtige zu finden“, allein ohne Zweifel müßt, wenn die Verfassung für Holstein dahin verändert würde, daß alle Verfassungskreitigkeiten von dem Oberappellationsgericht zu entscheiden wären, auch die Folgen für den beteiligten Minister in veränderter Weise festgestellt werden, wenn dies auch in anderen konstitutionellen Ländern der Fall ist, da die Vorschrift, daß der Minister sein Amt verbrochen habe, nicht für alle Fälle passend sein würde. Nach der jetzt bestehenden Verfassung wird das k. Ober-Appellationsgericht keine Entscheidung darüber abgeben können, ob jene acht Verfassungen verfassungsmäßig erlassen seien oder nicht. Dennoch hat die Vertheidigung auch den Beweis geliefert, daß das Recht der Stände nicht verletzt sei. Der Etat hat endlich den Antrag gestellt, das k. Ober-Appellationsgericht wolle erkennen: „dass der angeklagte Minister ad interim für das Herzogthum Holstein sein Amt verbrochen habe.“ Ein solches Erkenntniß darf der Etat überhaupt nicht erbringen. Nach den Worten des §. 14 der Verfassung: „Fällt die Entscheidung zum Nachteil des Ministers aus, so soll dieser sein Amt verbrochen haben“, ist es als eine Folge des Erkenntnißes bezeichnet, daß der Minister sein Amt verbrochen habe, nicht als Gegenstand und Inhalt des Erkenntnißes selbst. Die Vertheidigung hat aber gezeigt, daß die von der holsteinischen Ständeversammlung erhobene Anklage nicht begründet ist, daß daher die Entscheidung nicht gegen den Minister aussfallen kann. Der Vertheidiger darf daher seinerseits die ehrerbietige Bitte aussprechen, es möge erkannt werden: Daß der Etat mit seiner unbegründeten Klage abzuweisen und zur Erfüllung der durch dieselbe erwachsenen Kosten schuldig sei.“

Kiel, 25. August. [Die holstein'sche Ministeranklage.] Heute fand hier vor dem Oberappellationsgericht die Anklageverhandlung der holsteinischen Ständeversammlung gegen den Minister v. Scheele statt. Für den Ankläger (Baron C. v. Plessen als Präsidenten der Ständeversammlung) plaidirte der Obergerichtsadvokat Friedericu., für den Angeklagten Advokat Bargum. Die Verhandlung begann um 11 Uhr Morgens und dauerte ohne jede Unterbrechung bis 10 Uhr Abends in einem fortwährend von einer dichten Zuhörermenge erfüllten Saal. Das Urtheil ist natürlich noch nicht gesprochen und wird wahrscheinlich erst nach etwa 12 Tagen erfolgen. Zur Sache etwas zu bemerken, halte ich deshalb noch nicht für passend; dagegen darf ich über die beiden Redner wohl mittheilen, daß nach der entschieden allgemeinen Meinung Bargum von Friedericu. weit übertrffen ist, eigentlich wider Erwarten, denn Bargum ist bekanntlich ein sehr gewandter Redner von großer parlamentarischer und advokatischer Erfahrung; aber auf der Seite, welche er heute mit sichtlicher Befangenheit vertrat, schien er offenbar noch nicht recht zu Hause zu sein. Friedericu. sprach dagegen mit großer Gründlichkeit, Sicherheit und Wärme. Die Verhandlung hat einen tiefen Eindruck gemacht und man sieht dem Resultat mit allgemeiner Spannung entgegen; in Dänemark aber wohl noch mehr als hier.

Großbritannien und Irland.

London, 25. August. [Der Alliierte und die politischen Gefangenen.] Von Louis Blanc bringen die meisten Morgenblätter eine Schilderung der Leiden, denen die in Folge des französischen Staatsstreiches nach Cayenne verwiesen langsam erliegen. Er veröffentlicht einen Brief, den er von 38 namentlich genannten Verbannten zugeschickt erhalten hat. „Fünf von den Gefangenen“, so heißt es in diesem Schreiben, „wurden erst kürzlich wegen eines ihnen von einem Aufseher zur Last gelegten Gesprächs verhaftet, und zwei von ihnen an einen Pfahl gebunden, wie gemeine Verbrecher bestrafen. Ihr Strauben half ihnen nichts; die Soldaten schlugen sie nieder, rissen ihnen die Barthaaare aus und banden sie so fest an den Pfahl, daß das Blut aus ihren Adern spritzte.“ Es ist dies der dritte Brief aus Cayenne, den Louis Blanc in den englischen Zeitungen veröffentlicht. Bedeutungsvoll ist es, daß er auch von der „Times“ aufgenommen wurde, die ihn, wie es scheint, nicht von Louis Blanc direkt, sondern von der Redaktion des „Advertiser“ zugeschickt erhielt. Die Wirkung der Veröffentlichung ist eine entsprechend große. Natürlich denkt Ledermann an die Deklamationen der englischen Presse über die Behandlung der politischen Gefangenen in Neapel. Der Schlag ist ein so allgemein und so lebendig empfundener, daß die ganze bezahlte Schreierei in den ministeriellen Journals dadurch nutzlos gemacht wird. Die Scham muß um so größer sein, als gerade „Post“ und „Examiner“, „Daily News“ und des „Leaders“ gar nicht zu gedenken, feurige Kohlen auf Ostreichs Haupt sammeln, und zwar von Civilisations wegen. Der Eine bringt in Bezug auf Ciceruacchio einen Leitartikel mit der Überschrift: „Who are the assassins?“ Der Andere kokettiert mit Turin, indem er die Herzogin von Parma als wider Willen von Ostreich beschützt darstellt. Der Dritte erklärt Lord Normanby, englischen Gesandten zu Florenz, als Agenten Ostreichs und „durch eine Bestechung“ als Unterthan des Großherzogs von Toscana. Einige Verrätherei, gleichzeitig sowohl dem edlen Lord, als seinen Auftraggebern in Downing Street inspiriert, ist heutigen Tages mehr interessant, als ehrenrührig — warum sollte sie das bunte Gerede dieser Artikel nicht durch einige schwarze

Striche hervorheben dürfen? — Der talentvollen Gesinnungslösigkeit vieler Londoner Blätter, und vor Allen der „Times“, wird es indessen schwerlich möglich, sich vor der Mehrheit ihrer unterhaltungssüchtigen Leser durch eine geschickte Wendung aus dem Widerspruch zu ziehen, in welchen Louis Blanc ihre „Verteidigung der Civilisation“ und ihre ebenso gewöhnliche Erhebung des „weisen Alliierten“ gesetzt hat. Wer erinnert sich nicht des bösartig ironischen Artikels, den die „Times“ am Tage vor Louis Napoleons Besuch in London brachte, und des Hymnus, den sie nichtsdestoweniger am folgenden „Tage des Einzugs“ sang? Wie deutlich schimmert der Eigennutz als ein Grundmotiv der englischen öffentlichen Meinung hinter den wechselseitigen vorgenommenen Masken sämtlicher Zugenden hervor?

London, 26. Aug. [Der Geburtstag des Prinzen Albert] wird heute von der königlichen Familie in Osborne gefeiert. In der Hauptstadt ist festliches Gesäute und die Kanonen des Tower wurden am frühen Morgen gelöst.

Frankreich.

Paris, 26. August. [Maschinenbäckerei; Gerichtsgericht; deutsche Bevölkerung.] Auf die Veranlassung des Seinepräfekten hat der Gemeinderath von Paris die nötigen Fonds zur Anlegung einer Kornmühle und eines Fruchtbodens in der Centralbäckerei der Spitäler bewilligt. Zugleich hat sich eine Gesellschaft gebildet, die eine großerartige Maschinenbäckerei errichten will und für ihr Anlagekapital bloß die gewöhnlichen Zinsen beansprucht. — Am 1. September beginnen die Ferien der Gerichtshöfe und Tribunale, welche wie gewöhnlich zwei Monate dauern werden. Die Generalräthe haben gestern ihre Session in allen Departements eröffnet. — Die Zahl der in Paris wohnenden Deutschen beträgt nach neueren Ermittlungen über 130,000, außerdem wohnen deren sehr viele in der Banlieue.

[Kasernen; Unterhandlungen zwischen Spanien und Rom.] Nach Briefen aus Madrid scheint man dort Alles nach dem französischen Muster einzurichten zu wollen. Es werden dort jetzt auch große und befestigte Kasernen gebaut, wie in Paris, wo seit dem Staatsstreich an zehn solcher Forts errichtet wurden. Drei sind im Bau begriffen: die große Kaserne am Boulevard du Temple, welche Kaserne des Château d'eau genannt werden wird, die in der Nähe der Börse gelegene Kaserne der Petits Pères, und die für die Hundertgardisten bestimmte und in der Rue Belle Chasse gelegene Kaserne von Panthemont. — Aus Madrid meldet man ferner die Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen Spanien und Rom. O'Donnell soll gerade nicht die Absicht haben, großartige Konzessionen zu machen; die Hofpartei aber, an deren Spitze der Gemahl der Königin steht, intriguiert in dieser Beziehung sehr stark, und man hält ein Nachgeben des Ministeriums für um so weniger unmöglich, als mehrere Mitglieder desselben die Ansichten der Hofpartei teilen. (K. 3.)

[Die Briefe Napoleon's I.] Die Kommission zur Herausgabe der Werke und Briefe Napoleon's I. hat bereits 25,000 Dokumente geordnet. Das Material ist so stark, daß sie ihre Arbeit nicht vor zwei oder drei Jahren beenden wird. Gegenwärtig beschäftigt sie sich mit den famous rothen Büchern, die der Kaiser 1815 dem König Joseph zur sorgfältigsten Aufbewahrung anvertraut hat. Sie enthalten in rotem Einbande die merkwürdigsten Briefe, welche an den Kaiser während seiner Laufbahn, insbesondere von regierenden Fürsten, gerichtet worden sind. Es ist noch unbekannt, ob der Text der Korrespondenz Napoleon's I. wird veröffentlicht werden, oder ob man nur Auszüge und Summarien in den Druck geben wird. Ersteres liegt offenbar im Interesse der Geschichte, letzteres wird von vielen hochgestellten Familien gewünscht.

[Die Union und Ludwig der Heilige.] Der 25. d. war der 586. Jahrestag des Todes Ludwigs des Heiligen. Die legitime Union glaubt das Andenken an denselben am höchsten dadurch zu ehren, indem sie eine Stelle aus den seinem Sohne hinterlassenen Lehren anführt. Mein Sohn (sagte unter Anderem der heldenmühige Fürst), mein lieber Sohn, wenn Gott Dir die Gnade verleiht, zur Krone zu gelangen, so übe Dich in den für diesen hohen Beruf erforderlichen Tugenden. Befleißige Dich in Allem der Rechtschaffenheit und Billigkeit. Erkläre Dich eher für den Armen, als für den Reichen. Erlaube Deinen Nächten ihre Meinungen frei zu äußern und gegen Dein Interesse zu sprechen, wenn es sich um das Recht handelt. — Gib unterzüglich zurück, was nicht Dein ist, oder was Deine Vorfahren sich widerrechtlich aneigneten. Hass das Schlechte überall, besonders aber an Jenen, welchen Du irgend eine Macht verliehen hast, und die sie missbrauchen. Lasse es Dir zur Ehre gereichen, ein Diener Gottes und ein Vater des Volks zu sein.

[Der Charakter der Situation in Spanien; die neue Anleihe.] Ein wichtiger Kopf sagt: Müßige Köpfe beschäftigen sich mit spanischen Schlössern, müßige Völker mit spanischer Politik. Unsere heimische Politik ist trocken gelegt, selbst die neapolitanische Frage hat Ferien, mit Russland sind wir einig, um England kümmern wir uns kaum mehr, wohin soll der späthende Blick der Politikbedürftigen sich wenden, wenn nicht über die Pyrenäen? Man hat viel von der Mission der Nationen gesprochen, die spanische scheint die Aufgabe zu haben, die Ferien auszufüllen, welche Revolutionen und Staatsstreichs in den anderen Ländern machen. Spanien hat gegenwärtig in der Aufmerksamkeit der Politiker nur Einen Rivalen, Neapel, aber Neapel ist, wie ich gesagt habe, vertagt. Sprechen wir also von Spanien. O'Donnell hat die Nationalgarde aufgelöst, und kein Akt seiner Diktatur wird ihm in dem Maße den Beifall aller betreffenden Regierungen von der Neva bis zur Seine eintragen, wie dieser. Das Dekret sagt: sie ist nicht nur aufgehoben, sie bleibt für immer aufgehoben. Für immer, für eine kurzzeitige spanische Ewigkeit, für eine jener Ewigkeiten, welchen anderswo die Launen der Völker, in Spanien die Liebhaberei der Königin in jedem Augenblick ein Ende machen. Das sind Bagatellen, wen kümmern heutzutage Nationalgarden und zumal spanische? In Madrid ist die Katastrophe, die sich in diesem Augenblick entspießt, eine viel bedeutsamere. Der Charakter der Situation ist ein völlig neuer geworden. Um ihn in zwei Wörtern zusammenzufassen: Der König fängt an, zu regieren. Von Franz d'Asis Maria Ferdinand scheint auf den Gedanken gekommen zu sein, daß, wo Jeder regiert, auch der Träger des Königstitels einen gelegentlichen Anspruch darauf habe. Der König verhandelt mit Concha, den O'Donnell's Lorbeer nicht schlafen lassen. Der König will regieren, und wäre es auch nur mit Concha in der Weise, wie die Königin mit O'Donnell. Man schenkt der Entwicklung dieses unerwartet austauschenden Herrschergerüstes des königlichen Gemahls hier eine große Aufmerksamkeit. Il ne sait pas être mari, et il veut être roi, soll Napoleon zu dem Marquis Turgot gesagt haben. Ich kann für diese Neuherzung keine Bürgschaft übernehmen, ich kann nicht Gewähr dafür leisten, daß Louis Napoleon ihr Urheber ist. Es ist möglich, daß sie aus dem Munde der Königin Isabella stammt. Allein die Neuherzung ist so signifikant, daß sie in die Tagesgeschichte überzugehen verdient. — Lassen wir die Anekdoten und gehen wir, da uns die Thalsachen mangeln, zu den Gerüchten. Man hat vielfach kombiniert,

was es sei, daß unsere Börse bedrückt. Die Spekulation befindet sich in einem lethargischen Zustande, wie er kaum zur Zeit des Krieges in vorübergehenden Augenblicken unter dem Einfluß düsterer Befürchtungen geherrscht hat. Man forscht vergebens nach den Motiven. Als die Rente stagnierte, die Aktien nicht gekauft wurden, hieß es, die Kapitalisten seien in den Villen, die Spekulanten in den Bädern. Man schien das Wort ängstlich zwischen den Zähnen zurückzuhalten, das Wort, daß den Schlüssel zu dem Räthel bieten sollte. Jetzt ist es ausgesprochen. Es heißt: Neue Anleihe. Man spricht alles Ernstes von einem neuen und sehr starken Geldbedürfnis der Regierung, welchem auf diesem vielbetretenen Wege abgeholfen werden soll. Mehr als die Sache selbst verwirrt die Frage über den Modus des neuen Finanzplanes die Köpfe. Die einen wollen von der Umwandlung der Schatzbons in 3 procent. Obligationen wissen, andere wissen von anderen Maßregeln. Die Befürchtungen werden nicht eher weichen, als bis der „Moniteur“ gesprochen hat. Der „Moniteur“ spricht nicht von der Entscheidung, und die Entscheidung erfolgt nicht vor der Rückkehr des Kaisers. Deshalb ist diese Rückkehr das, worauf die Erwartung gespannt ist, und man ist nicht sehr zufrieden, daß der Kaiser, wie es heißt, bis Anfang Septembers in Biarritz bleiben will. Wäre es in der That begründet, was man erzählt, daß Louis Napoleon nach Cherbourg gehen wolle, wo ihn ein Besuch der Königin Viktoria erwarte, dann würde die „entente cordiale“, welche so die Krisis verlängert, schon jetzt von vielen wenig respektiert, auch noch die Misshandlung Dorer auf sich laden, die am meisten Werth auf sie legten.

Marseille, 26. Aug. [Tel. Dep.] General Pariset ist am Bord des „Carmel“ angelangt. — Man zeigt daher großen Eifer für die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel zum Bau einer neuen Eisenbahn von Marseille nach Avignon, da die vorhandene Bahn für den Waarentransport unzureichend ist. Die allgemeine Gesellschaft der Rhone-Schiffahrt hofft die Konzession für diese Bahn zu erlangen. — In unseren Magazinen lagern jetzt 360,000 Hektoliter Getreide.

Italien.

Rom, 18. Aug. [Begnadigungen; Haussuchung.] Durch einen Gnadenakt Sr. Heil. wurden zwei politische Gefangene aus Pagliano ihren hier wohnenden Familien in der vorigen Woche zurückgegeben. Auch Ruzzo, oft genannt bei der im August 1853 entdeckten weitverzweigten Verschwörung hat Hoffnung auf Begnadigung. — Vor gestern und gestern ließ die Polizei Haussuchungen bei verschiedenen im Aufse von Zeitungs-Korrespondenten stehenden achtbaren Männern vornehmen, unter denen auch einige päpstliche Beamte des Staatssekretariats waren. Man hatte die Inquisitoren in Verdacht der Autorschaft jener fulminanten Artikel, welche die liberale piemontesische Presse in der letzten Zeit in nicht geringer Zahl gegen Rom brachte. Doch die Haussuchungen führten nicht zu dem gehofften Ergebnisse. Im Publikum dürfen übrigens Turiner Blätter, mit Ausnahme der rein klerikalen, schon lange gar nicht mehr auftreten. (R. 3.)

Spanien.

Madrid, 21. Aug. [Marschall Narvaez] kommt zuverlässig Ende August oder Anfang September nach Spanien. Man glaubt nicht, daß er Madrid zum Wohnort wählen wird, obgleich ihm in dieser Beziehung völlige Freiheit gelassen ist. O'Donnell sagte neulich zu dem demokratischen Deputierten Figueras, daß die Unwesenheit von Narvaez ihm keinerlei Besorgniß erwecken könne, weil die Mehrheit des Landes der neuen Lage günstig sei und insbesondere die Reaktion fürchte, deren Vertreter Narvaez sei. Figueras bemerkte dem Marschall, daß er Espartero sehr leicht habe verdrängen können, daß es ihm aber viel schwerer fallen werde, den Einfluß von Narvaez zu besiegen.

— [Aufklärung.] Dem Herzog von Medina-Celi sollten von den königl. Truppen, die bei Gelegenheit des Strafkampfes sein Palais besetzt hatten, unermäßliche Zerstörungen an Privateigenthum zugefügt sein (s. Nr. 183), sodann sollte die Gräfin von Montijo in einem Briefe an die Königin darüber Beschwerde geführt haben, daß die königl. Truppen, welche ihr Palais okkupiert, gleichen Nutzen getrieben, die Möbel zerstochen, zwanzig Banknoten à 1000 Reales, Silberzeug und Juwelen ge raubt hätten. Jetzt bringt die „Indépendance Belge“ zwei Briefe des Herzogs von Medina-Celi y Pantaleón und des Herzogs de Berwick y de Alba, Schwiegersohn der Gräfin von Montijo, beide vom 15. August, darin, in denen obige Mittheilungen durchweg für erfunden erklärt werden. Beide Briefschreiber begegnen sich in Lobeserhebungen über die Tapferkeit, den Edelmuth und die Mäßigung der königlichen Truppen und der Herzog von Medina glaubt außerdem hinzufügen zu sollen, daß es sich bei der That des 15. Juli nicht um eine bloß politische Frage, sondern um Rettung der Gesellschaft vor den Greueln der Anarchie gehandelt habe, weshalb der Marschall die Sympathien des Landes für sich habe. „Uebrigens, schließt der Brief des Herzogs von Alba, wird Niemandem entgehen, der unsere Kriege kennt, daß 400,000 Nationalgardisten nicht zugegeben hätten, daß ein Heer von 70,000 Mann in der ganzen Halbinsel und in Zeit von 16—17 Tagen Alles umgestaltet hätten, wenn die Truppen dem System der Grausamkeit und Plünderung gefolgt wären, welches die Korrespondenzen der „Indép. belge“ schildern, und daß im Gegenseitig bei der Selbständigkeit und Hartnäckigkeit des spanischen Charakters dies gewiß zu einem schrecklichen Bürgerkriege geführt hätte.“

— 22. Augst. [Auflösung der Nationalgarde; Prinz Adalbert von Bayern.] Auf einen Vortrag des Ministerraths über die Notwendigkeit, die Nationalgarde aufzulösen, worin dieselbe als ein steter Anlaß von Unruhen dargestellt und namentlich auf die Haltung des Instituts während der letzten Ereignisse hingewiesen wird, erließ die Königin nachstehendes Dekret: „In Anbetracht der mir von meinem Ministerrathe dargelegten Gründe über die Ungemessenheit und Notwendigkeit, die Nationalgarde aufzulösen, halte ich verordnet, wie folgt: Art. 1. Die Nationalgarde des Königreichs ist aufgelöst und bleibt für immer aufgehoben. Art. 2. Die Regierung wird den Cortes in der nächsten Versammlung über die Annahme und die Gründe dieser Maßregel Rechenschaft ablegen.“ — Prinz Adalbert von Bayern langte gestern Abend um 8 Uhr hier an. Seit 2 Uhr erwarteten die Civil- und Militärbehörden, der Herzog von Baylen, General-Gouverneur und der diensthüende Major-Domus, den Prinzen am Bahnhofe. Nachdem der Prinz, der die Uniform eines bayerischen Obersten trug, einige Minuten, während die Musik den Infantenschritt spielte, ausgeruht hatte, fuhr er unter zahlreicher Militärestorte mit seinem Gefolge in vier Hofwagen nach dem Palaste. Der König begrüßte ihn unten an der Treppe, die Königin in ihren Gemächern. Im Saale angelangt, wo der Hof, die Minister u. c. versammelt waren, küßte der Prinz die Hand seiner Verlobten mit sichtlicher Bewegung. Nachdem die Minister abgetreten waren, blieb die königl. Familie noch einige Zeit beisammen, worauf Prinz Adalbert nach dem Salzischen Palaste fuhr, wo er während seines hiesigen kurzen Aufenthaltes wohnen wird.

— [Ein Depeschel vom 25. August lautet: „Heute Abend findet die Unterzeichnung des Heirathesvertrages des Prinzen Adalbert statt und morgen die Hochzeit, welcher dann die angekündigten Feierlichkeiten folgen.“]

Portugal.

Lissabon, 19. Aug. [Die Lage; Cholera.] Es sind weiter keine

Straßenmorde mehr in Sorge. Die Cholera hatte in Lissabon sowohl wie in Madeira nachgelassen; dagegen sollen in Sintra unter der Dienststube des Königs drei Todesfälle vorgekommen sein.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. August. [Russ. Kultivirungsbereiche.] Ein stehendes Thema der Journalistik, namentlich der englischen, bil den die von Seiten Russlands beabsichtigt sein sollenden Expeditionen nach China, Persien und dem Kaukasus. Was daran Wahres ist, wird in der Regel von der Presse nicht erkannt oder nicht beachtet, und nur das Antwort „militärische“ Expeditionen besonders betont. Es wird überflüssig sein, dagegen zu demonstrieren; versuchen wir lieber die Aufmerksamkeit auf das Thatsächliche hinzuhalten, welches darin besteht, die ungeheuren Steppengebiete, die an der Wolga ihren Anfang nehmen und sich bis zu den Bergen Turkestan erstrecken, dem Verkehre zugänglich zu machen und jene weiten Räume im Interesse Russlands auszubeuten. Zu diesem Zwecke sind die Expeditionen nach dem Aralsee und den in denselben ausmündenden Flüssen unternommen worden, deren Resultate aber nur bestätigt haben, daß eine rein militärische Okkupation jener Gebiete unaufstöhrbar oder doch erfolglos bleiben würde. Die klimatischen Einflüsse der Steppen Mittelasiens sind so eigenartiger Art, daß ohne genaue Kenntnis derselben jeder Versuch zur Benutzung dieser Gebiete scheitern müste. Das Wichtigste war also, innerhalb der Steppen Karmen zu gründen und ihnen die Mittel zu gewähren, das unfruchtbare und zum Theil unkultivierbare Land in der Weise zu verwenden, daß die gewonnenen Erfahrungen für weitere Versuche maßgebend werden könnten. Damit ist nun auch der Anfang gemacht worden und die in der Steppe zwischen Wolga und Ural errichtete südliche Lehrfarm hat bereits ihrem Zwecke so vollständig entsprochen, daß die in derselben geführten Tagebücher die wichtigsten Aufschlüsse in meteorologischer wie agronomischer Hinsicht gewähren und gewiß den bedeutendsten Einfluß auf ähnliche Unternehmungen über werden, die vielleicht in einem noch größeren Maßstabe der Verwirklichung entgegen sehen. (H. N.)

Odeessa, 10. August [Getreidehandel.] Odessa erhält seine Zufuhren aus dem ganzen Südwesten des russischen Reichs. Die Fracht für die Landstrasse aus Podolien, Polohynen und dem Kleinischen Gouvernement beträgt im Durchschnitt 15—25 Kopeken Silber per Pud, oder 1 Rubel S. 50 Kopeken bis 2 Rubel 50 Kopeken per Scheitwert Weizen, den Scheitwert zu 10 Pud gerechnet. Aus den Gouvernements Poltawa, Charkow und Tschernowitz kommt zu Lande kein Getreide, sondern nur Talg und Wolle. Das dortige Getreide wird in Boten bis in die Mündung des Dniepr gebracht und von da in Küstenfahrzeugen hieher befördert. Die Getreidezufuhren sind aus naheliegenden Gründen im Herbst nach der Ernte am stärksten. Sie beginnen in der Regel zu Ende August und dauern in ihrer Massenfülligkeit bis Ende Oktober, selbst bis tief in den November hinein, wenn nicht anhaltender Regen die Wege grundlos gemacht hat. Bei der starken Nachfrage im Jahre 1846 wurden die Landstrände den ganzen Winter hindurch fortgesetzt. Zum Frühjahr beginnen die Sendungen hieher im Monat Mai und bleiben bedeutend bis zur Mitte des Monats Juli, wo dann die Erntearbeiten alle Kräfte in Anspruch nehmen. Die Zufuhren zu Wasser aus Cherson fangen im April an und hören gewöhnlich Ende Oktober auf. Unser Hafen ist beinahe das ganze Jahr offen. Häufig friert das Meer gegen Ende Dezember auf 2—4 Wochen zu. Es gibt aber nicht selten auch so gelinde Winter, daß die Schiffahrt im Hafen gar nicht unterbrochen wird. Die Aufzurunzen der dortigen Badungen werden meistens nicht hier, sondern im Auslande gedeckt. Für England und den Norden des Kontinents belaufen sich die Zölle in der Regel von Anfang Mai bis Ende Juli auf 2—3 p. c., von Anfang August bis Ende April auf 4—6 p. c. des Wertes; für das Mittelländische Meer von Anfang Mai bis Ende Juli auf 1—2 p. c., von Anfang August bis Ende April auf 3—4 p. c. Aus einer vergleichenden Übersicht der Getreideausfuhr in den Jahren 1848—1855 ergibt sich, daß von hier an Weizen exportirt wurden: 2 Millionen 055,950 Scheitwert im Jahre 1848; 1 Mill. 74,741 Scheitwert im Jahre 1849; 1 Mill. 542,170 im Jahre 1850; 1 Mill. 141,535 im Jahre 1851; 1 Mill. 954,000 im Jahre 1852; 3 Mill. 126,433 im Jahre 1853; 630,000 im Jahre 1854 und gar nichts im Jahre 1855. Die Rüggengenauigkeit belief sich auf 30,000 Scheitwert im Jahre 1848; auf 865 im Jahre 1849; auf 8051 im Jahre 1850; auf 99,816 im Jahre 1851; auf 300,000 im Jahre 1852; auf 273,493 im Jahre 1853; auf 141,207 im Jahre 1854 und auf Null im Jahre 1855. Der Gerstenexport stellte sich auf 2311 Scheitwert im Jahre 1848; auf 1854 im Jahre 1849; auf Null im Jahre 1850; auf 7612 im Jahre 1851; auf 50,003 im Jahre 1852; auf 50,081 im Jahre 1853; auf Null in den Jahren 1854 und 1855. Hafer wurde nicht ausgeführt. Von Mais gingen aus: 3701 Scheitwert im Jahre 1848; 43,370 im Jahre 1849; 54,841 im Jahre 1850; 148,159 im Jahre 1851; 311,047 im Jahre 1852; 348,621 im Jahre 1853; 179,832 im Jahre 1854, und nichts im Jahre 1855. An Leinsaat wurden exportirt: 146,000 Scheitwert im Jahre 1848; 51,000 im Jahre 1849; 62,238 im Jahre 1850; 94,966 im Jahre 1851; 202,830 im Jahre 1852; 207,876 im Jahre 1853; 251,023 im Jahre 1854 und 3197 im Jahre 1855. (P. R.)

Konstantinopel, 18. Aug. [Tel. Dep.] Aus Marseille, 26. Aug., wird die Ankunft des „Carmel“ mit Nachrichten aus Konstantinopel vom 18. Aug. telegraphirt. Kars war am 4. Aug. vollständig geräumt worden. Die Türken fanden die Festungswerke unverlegt, jedoch mit Ausnahme von zwei Forts. Die Räumung von Reni und Ismail hat begonnen.

Afien.

China. — [Maßnahmen gegen Bettelreihe.] Die Bettler schaaren haben sich in China durch die unaufhörlichen Aufstände und Unruhen der letzten sechs bis sieben Jahre derart vermehrt, daß die Regierung der allgemeinen Sicherheit wegen gezwungen wurde, neue und strengere Bettelordnungen zu erlassen. Arme müssen bei den Behörden um einen Erlaubnischein zum Betteln einkommen. Sie erhalten ihn nur dann, wenn sie von ihren Gemeinden Zeugnisse beibringen, daß sie wirklich arm und körperlich unfähig sind, sich den Lebensunterhalt durch irgend eine Arbeit zu verschaffen. Auch soll nachgewiesen werden, daß sie keine verhindgenden Verwandten besitzen, welche ihnen das Nothwendige darreichen könnten. Die patentirten Bettler werden in bestimmte Klassen abgetheilt: reine und unreine Bettler. Reine Bettler sind die Blinden, deren Anzahl außerordentlich groß ist im Reiche, die Lahmen, die Taubstummen und andere. Unreine Bettler sind die Aussätzigen. Sie sind für immer aus der menschlichen Gesellschaft gestossen und selbst von ihren Verwandten gemieden. Anstalten zur Unterstützung armer Kranken jeder Klasse findet man in allen großen Städten. Auch zu Kanton sind mehrere vorhanden, deren Name ihre Bestimmung anzeigen. Man findet überdies ein Hospital für Landstreicher, wo fremde Bettler Aufnahme finden; dann eine Halle zur Ernährung der Säuglinge, wo man Kindesfänger, vorzüglich weiblichen Geschlechts, deren jährlich eine Menge ausgesetzt werden, unterbringt. In anderen Häusern werden die Blinden, die kinderlosen Greise und die alten mittellosen Frauen untergebracht. Die Ausgaben für das Leprosenhaus werden durch eine besondere Kreisumlage gedeckt.

Amerika.

New York, 13. August. [Die central-amerikanische Frage; Revolution in Domingo.] Wie man hört, ist der amerikanische Gesandte am Hofe von St. James, Herr Dallas, angewiesen worden, bei den Unterhandlungen mit England in Betreff der central-amerikanischen Frage im Wesentlichen die schon vor längerer Zeit von der Londoner „Times“ gemachten Vorschläge, nämlich die Abtreitung Huatans an Honduras, die Aufhebung der Mosquitos-Souveränität und die Errichtung eines Freihafens in Greystown, zu Grunde zu legen. Hoffentlich werden damit die jetzt beinahe schon siebenjährigen Unterhandlungen ihr Ende erreichen und der unglückliche Clayton-Bulwer-Vertrag, von dem der General Taylor sagte, es werde ein neuer Vertrag tödlich sein, um ihn zu erklären, seine Erledigung finden. — In San Domingo soll eine furchtbare Revolution ausgebrochen sein.

Nicaragua. — [Die Wahlen.] Die provisorische Regierung des Staates Nicaragua, welche in Leon residirt, hatte vor einiger Zeit die Wahlen für die Kammer und für die Präidentschaft angeordnet. Ungeachtet der Störungen, welche der Krieg herbeiführte, wurden die Wahlen vollzogen. Für die Präsidentur erhielten die Herren Salazas und Bibas ansehnliche Majoritäten. Dies Ergebnis entsprach nicht den Wünschen des Generals Walker. Derselbe sendte plötzlich nordamerikanische Streitkräfte nach Leon, entwarfnet die Truppen der Regierung, und verlangte die Ungültigkeitserklärung der Wahlen nebst seiner eigenen Ausrufung zum Präsidenten. Hierin hatte Walker aber verrechnet. Die Regierung flüchtete nach Chinandega; der Usurpator, darüber betroffen, forderte sie unter dem Versprechen, von seinem Verlangen abzustehen, zur Rückkehr auf. Die Regierung ihrerseits sendete ihm den Befehl zu, Leon zu räumen, und kann, als dies geschehen, wieder nach dem Platz, entzogte Walker seines Postens als General und erklärte die amerikanischen Truppen für aufgelöst. Zugleich wurde ein Dekret zur Verhinderung weiterer Zugänge aus Nordamerika angekündigt und die Erklärung abgegeben, daß Walker und die Truppen, falls sie folge zu leisten sich weigerten, als Verräther behandelt und nach den Ordmanzen gerichtet, d. h. füsilirt werden sollten. Außerdem erbat die provisorische Regierung in einem Circular von den übrigen Regierungen Centralamerika's schlägne Absendung von Hilfsstrupps. Von mehreren Seiten rückten ansehnliche Streitkräfte gegen Walker an, um ihn zu vertreiben. Über den Erfolg verlautet noch nichts.

Voxales und Provinzielles.

Warschau, 25. August. [Der preußische Generalkonsul.] Herr v. Wagner, dem während des letzten Krieges die Wahrnehmung der Interessen englischer Unterthanen im Königreich Polen übertragen war, bat von der Königin Viktoria eine goldene Dose, geschmückt mit Brillanten und dem Namenszug der Königin, zum Geschenk erhalten. Die Dose war von einem Schreiber des Grafen Clarendon begleitet, worin der Minister in seinem, wie im Namen aller übrigen Kabinetsmitglieder Herrn v. Wagner für die geleisteten Dienste Dank ausspricht. Der König von Preußen hat die Annahme des königl. Geschenks gestattet. (Schl. 3.)

— [Denkmal.] Aus Rom ist hier vor wenigen Tagen eine nach Raphael's Sixtinischer Madonna gearbeitete Marmorstatue angelangt, welche für die Schloßkapelle zu Willanow bestimmt ist, die an der Stelle errichtet wird, wo König Johann Sobieski starb.

Warschau, 27. August. [Pariserleichterung.] Eine der wichtigsten Maßregeln, welche das Inland sowohl wie das Ausland, besonders das benachbarte, aufs Freudigste berührt, ist die soeben auf Allerhöchsten Befehl erlassene Ordonnanz des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, kraft deren die im Ausland befindlichen kaiserl. russischen Missionen und Konsulate angewiesen sind, bei Erteilung von Pässen an Ausländer nach Russland freilich die nötige Vorsicht zu beobachten, jedoch von nun an nicht mehr die bisher üblichen Vorstellungen dieses seitiger Einwohner zu verlangen, welche indem sie die befragten Ausländer zu ihren Geschäften oder dergleichen speziell verschreiben mußten, zugleich verpflichtet waren, sich für dieselben persönlich zu verbürgen. Der Fürst-Staatsthalter von Polen hat die wohlthätige Aufhebung dieser bisher durch die Umstände (seit 1846) gebotenen Maßregel auch auf unser Königreich zu erstreben befohlen und zugleich bekannt machen lassen, daß namentlich den einwandernden Handelsbürgern (s. Nr. 201 unter Posen) und Arbeitern einerlei Hinderniß mehr im Wege stehen wird. (Br. B.)

— [Kommanditgesellschaften.] Von hier zuverlässiger Seite geht der B. B. B. von hier die Mittheilung zu, daß Dr. Leopold Kronenberg die Absicht hat, in Warschau eine Kommanditgesellschaft zu errichten. Nachdem der Fürst-Staatsthalter von den statthaften Verhandlungen Kenntnis erhalten, ließ derselbe Hrn. B. vor sich rufen. Dieser erklärte dem Fürst-Staatsthalter, daß er sich auf dem Boden des Gesetzes befindet, da das polnische Gesetz (Code Napoleon) die Errichtung von Privat-Handelsgesellschaften gestattet. Der Fürst erwiderte hierauf: „Wenn Sie glauben, sich so fest auf das Gesetz stützen zu können, so muß ich bald und zwar heute noch ein Gesetz erlassen, welches Ihr Vorhaben beschränkt.“ Tags darauf war ein Gesetz publiziert, daß jede Gesellschaft, welche ein größeres Vermögen als 150,000 Thlr. besitzt, der landesherrlichen Konzession bedürfe.

* Posen, 29. August. [Ausmarsch.] Heute früh 7 Uhr rückte das 7. Infanterieregiment von hier zu den Herbstübungen in die Gegend von Storchnest aus.

— [Wegen verheimlichter Schwangerschaft und Geburt] wurde gestern die unverheirathete Rosalie L. hier im Dienste stehend, zur polizeilichen Haft gebracht. Sie hatte vor vierzehn Tagen heimlich geboren und das Kind, nach ihrer Angabe ein frühzeitiges und tödliches, am Orte ihres Dienstes hinter dem Kamin in die Erde verscharrt, woselbst dasselbe heute auch aufgefunden und zur Untersuchung auf den Kämmerereihof geschafft worden ist. (Beilage.)

Türkei.

Konstantinopel, 15. August. [Die türkische reguläre Armee] auf dem Friedensfuße ist nunmehr auf einen Bestand von 103,500 Mann festgelegt, nämlich 72,355 Mann Infanterie, 18,000 Mann Kavallerie und 13,145 Mann Artillerie. Die Miliz und die irregulären Truppen sind in diesem Bestande nicht inbegriffen. Kars soll zu einem Waffenplatz erster Klasse erhoben und die Befestigungsarbeiten von Erzerum und Van sollen vervollständigt werden. Diese drei Punkte gehören zum türkischen Armenien und bilden die Befestigungsline der asiatischen Türkei gegen Persien und Russland.

Neustadt b. P., 27. Aug. [Feld diebstähle; Wespen.] Einem Gutsbesitzer unserer unmittelbaren Umgegend wurden in der vorigen Woche von nicht weniger als einem halben Morgen Weizenfeld die Nehen vom Halme abgeschnitten, ohne daß man den Dieben auf die Spur kommen konnte. Es ist auch nicht selten, daß die Felddiebe die Garben bald an Ort und Stelle ausdreschen, indem sie die auf dem Felde befindlichen Garben, wahrscheinlich auch um jedes Geräusch zu vermeiden, in einen Sack stecken und alsdann so lange reisen und darauf loszulassen, bis sie den größten Theil der Körner im Sack haben. Man trifft daher öfters halb ausgedroschene Garben auf den Feldern an. — Unsere Materialwarenhändler klagen in diesem Jahre besonders über die ungeheuren Schwärme von Wespen, von welchen ihre Läden heimgesucht werden. Diese bissigen Thieren nisten sich im Zucker oder in Behältern, in welchen sich Süßigkeiten befinden, ein, wo sie nicht unbedeutenden Schaden anrichten und sich nur schwer vertreiben lassen. Ein radikales Mittel gegen diese Plage wäre sehr erwünscht.

Von der Orla, 27. August. [Regulirung der Orla; Bettelwesen; Thierschau; Güterverkauf; Kaltwasser-Heilanstalt.] Augenblicklich wird die Orla geräumt und das Flusstal, wo es nur irgend angeht, gerade gelegt. Überall ist das letztere nicht möglich, weil die Orla oft die Grenze zwischen zwei Besitzungen macht. Wo es angeht, geschieht es jedoch, und dem Landrath des Krötzschauer Kreises wird der letztere dadurch zu großem Danke verpflichtet. Es wird diese Räumung, die selbstverständlich nur von der Krötzschauer Kreisgrenze sich bis an das Dorf Kultinow in diesem Jahre erstrecken wird, dennoch an 2000 Thlr. kosten und erfordert schon jetzt gegen 150 Arbeiter. — Das bettelnde Gesindel hatte nun wieder Gelegenheit zur Arbeit, aber obgleich die Ortsvorstände dringend auf diese verwiesen, man geht nicht zur Arbeit. Der kommende Winter wird voraussichtlich viel scheinbare Hartherzigkeit und Mangel an Nachstenliebe bringen. Wir sind gezwungen, künftig hin Hülfe zu verlängern. Jetzt schon blickt der Besitzende mit wahrer Ingrimm auf diese bettelnden, oft betrunknen zur Arbeit mit starken Gliedmaßen ausgerüsteten Gestalten, wie sie an den Straßen ecken liegen und beharrlich den Arbeitgeber von sich weisen. Ich war Augenzeuge, daß ein Gutsächter einen solchen Vagabunden, dem er im Winter Unterstützungen gewährt hatte, förmlich bat, er möchte zur Weizenerne kommen. Dieser aber schüttete Körperschwäche vor und ging nicht. Was ist natürlicher, als daß der Gutsächter alle im Winter gleichmäßig behandeln und sie von seiner Thüre weisen wird. Sie machen lezhin zu einem meiner Briefe die Bemerkung, daß uns Arbeitshäuser und Armenvereine fehlen. Obwohl ich Ihrem Urtheile vollständig vertraue, und fest davon überzeugt bin, daß sie die Verhältnisse unserer Provinz kennen (wenigstens sind wir uns des redlichen, unermüdeten Strebens danach bewußt; d. Ned.) und Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein wird, welche Eigenthümlichkeiten unserer niederen Bevölkerung beiwohnen, so glaube ich doch, daß mit Ihrem Vorschlage nichts gescheert wird. Alle unsere Armenvereine sind nur aus der Notwendigkeit, Armenunterstützungen zu spenden, entstanden. Diesen hat stets die Tendenz gefehlt, dem Nothleidenden Gelegenheit zum Verdienst zu geben, und deshalb auch haben alle unsre Armenvereine für die Moralität der niederen Schichten mehr Schaden als Nutzen gestiftet. (Das ist eben ganz natürlich! D. Ned.) Haben Sie jedoch Vereine mit dieser Tendenz gemeint (wie haben nur Arbeitshäuser und Armenvereine gemäß dieser Tendenz im Sinne, und haben uns schon öfter entschieden gegen das bloße „Geben“ an arbeitschues und liederliches Gesindel ausgesprochen, daß wir als einen wahren Krebschaden in unsrer Provinz beklagen; d. Ned.), so würde ich Ihnen von meinem bescheidenen Standpunkte aus vollkommen Recht geben müssen. Arbeitshäuser hat unsre Provinz nicht, und die Besserungsanstalt zu Kosten hat, obwohl die ein Mal dort deteniert Gewesenen diese Anstalt sehr fürchten, auf die Besserung der niederen Schichten auch nicht so gewirkt, als es im Interesse unsrer Zustände gewünscht werden muß. Meiner Meinung nach helfen jetzt nur noch Rettungshäuser; die gegenwärtige Generation ist einmal nicht mehr zu bessern (in diesem herben Ausprache mag wohl viel Wahres liegen, aber man soll nicht verzagen); mit ernstem Willen, nachhaltiger Thätigkeit, disponibeln Mitteln und Vertrauen auf Gott, läßt sich viel thun! D. Ned.), und man wende daher lieber alle Aufmerksamkeit auf die künftige. Die Kreisbehörde handelt hier übrigens auch in meinem Sinne, und sie ist entschieden gegen das bloße Geben. Leichter ist dieses und gewiß weit leichter, als das Schaffen von Arbeitsgelegenheit, aber es ist dieses trotz der großen Mühe auch lohnender. (Wir sind ja also vollkommen einverstanden! D. Ned.) Im kommenden Jahre soll die Räumung der Orla bis zum Dorfe Orla

erfolgen. Wäre dieses früher geschehen, vielleicht wären die Verheerungen der Überschwemmungen in den letzten Jahren nicht so arg gewesen. — Unser landwirtschaftliche Verein, dessen Konstitution und Förderung ebenfalls Verdienst des Landraths in Krötzschau ist, hat in diesem Jahre das Pferderennen ausfallen lassen, und veranstaltet am 1. September c. in der Stadt Koźmin eine Thierschau. Der Verein hat gewiß sehr große Verdienste um Hebung des Ackerbaus, und wir müssen dankbar dafür den Förderern derselben sein. — Augenblicklich steht man in lebhaften Unterhandlungen wegen Ankaufs der Herrschaft Basskow, diesseitigen Kreises, und der Herrschaft Zerkow und Debno, diesseit der Warthe, im Wreschener Kreise belegen. Käufer soll der Herzog von Augustenburg sein, und es sollen bereits für die letzteren beiden Güter 1,300,000 Thlr. geboten werden. Die Herrschaft Debno, eine der ammächtigsten belegenen in der Provinz, wird auch von den diesseitigen Bewohnern die Posener sächsische Schweiz genannt. Vielleicht wird bei dem Verkauf die dort eingerichtete Kaltwasser-Heilanstalt ihrem Verfall entrissen, was wir von Herzen wünschen. Die Anstalt wurde 1846 eingerichtet und war bis 1852 sehr besucht. Zur Zeit hat sie ihren damaligen weit verbreiteten guten Ruf fast ganz verloren, denn sie ist wenig oder gar nicht besucht, und doch haben die Anlagen dem zeitigen Besitzer ungemeine Kosten gemacht. Auf Debno komme ich noch ein Mal zurück.

Rawicz, 27. Aug. [Ernte; Stadtrathswahlen; Realschule; Eisenbahn- und Gefangenbau; Ausmarsch; Kinderpest.] Die Ernte ist meist beendet, der Extrakt derselben ein so ergiebiger, wie seit vielen Jahren nicht. Sämtliche Getreidearten sind gut gerathen und auch die Kartoffeln sind von vorzüglicher Qualität und gewähren reichlichen Ertrag. Nur der Raps ist meist verdorben, weil derselbe im vorigen Winter wegen Mangel einer Schneedecke größtentheils erfroren ist. — Der Gesundheitszustand in unserer Gegend ist ziemlich gut, die nachtheiligen Folgen der Noth fangen an zu schwanden, weil die Nahrungsmittel nicht mehr den enorm hohen Preis haben und durch gesunde Kost die geschwundenen Kräfte wieder gehoben werden. — Die drei besoldeten Magistratsmitglieder (der Bürgermeister und zwei Stadträthe, von denen der eine zugleich Kämmerer ist), deren Dienstzeit in diesem Jahre abläuft, sind von der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig wieder gewählt worden, und liegt deren Wahl der k. Regierung zur Bestätigung vor. — Die Verhältnisse unserer Realschule bilden jetzt das Gespräch. Dieselbe wurde am 4. April 1853 in der Aussicht auf eine Unterstützung aus Staatsmitteln eröffnet und umfaßte beim Beginn die Klassen von Sexta bis incl. Tertia; ein Jahr darauf wurde die Sekunda begründet, und in diesem Jahre war die Gründung der Prima in Aussicht gestellt. Alles Bemühungen ungeachtet ist es bisher nicht gelungen, eine Geldunterstützung zur Errichtung der Prima aus Staatsmitteln zu erlangen. Es wurde daher von dem ursprünglichen Plane einer sechsklassigen Realschule abgegangen und darauf Bedacht genommen, die Lehrpensa auf fünf Klassen zu verteilen, um mit den vorhandenen Lehrkräften und Geldmitteln die Vollendung des Instituts herbeizuführen. In einer Sitzung des Magistrats und der Schuldeputation im März d. J. erklärten sich diese Behörden mit dem vom Realschuldirektor ausgearbeiteten Lehrplan einverstanden und gaben namentlich ihre Zustimmung zur Errichtung der projektierten fünf Klassen. Während dieser Plan der Regierung resp. dem Ministerium zur Bestätigung vorlag, bildete sich in der Stadtverordneten-Versammlung eine Fraktion, welche auf Umformung der Realschule in eine Anstalt anderer Tendenz hinzuwirkten suchte. Sie bildete die Majorität und erklärte den im März gefassten Beschuß über die Vollendung der Realschule für ungültig. Da sich aber der Magistrat den Anstreben der Minorität der Stadtverordneten für Erhaltung der Realschule anschloß, so wandte sich jene Fraktion an den Unterrichtsminister wegen Beseitigung der Realschule. Von diesem ward ein Bericht der k. Regierung erfordert, und in Folge dessen suchte der Regierungs-Schulrat Dr. Mehring in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten am 31. v. M. die Schulfrage nach allen Punkten hin genau zu beleuchten, indem er in längerer Rede den Nachtheil nachzuweisen suchte, welchen die Stadt durch Beseitigung der Realschule erleiden werde und die Befürchtung gab, daß Alles aufgeboten werden würde, um dieselbe zu erhalten. Es dürfte somit die äußere Vollendung des Instituts mit denselben Lehrkräften und Geldmitteln, ohne der Kommune neue Lasten aufzuerlegen, wohl nahe bevorstehen. — Der Eisenbahnbau rückt der Vollendung immer näher, die Schienenlage wird in den nächsten Tagen beendet, so daß wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche die erste Lokomotive hier anlangen wird. — Zu den neuen Strafanstaltgebäuden wird jetzt der Grund gelegt, und es soll der Bau in diesem Jahre noch bis zum Erdgeschoss aus-

geführt werden. — Am 19. d. ist unser Fußlitterbataillon zum Manöver ausgerückt, von wo es erst Ende k. M. zurückkommt. Zum Wachtcommando sind zurückgeblieben: 1 Sek. Lieutenant, 4 Unteroffiziere, 2 Spielleute und 80 Gemeine. Am 20. d. fuhr der Blitz in das Wohnhaus eines Wirths in Kołaczkowic, wodurch dasselbe und ein daran grenzender Stall völlig eingeebnet wurden. — Nach hier eingegangener amtlicher Benachrichtigung ist die Kinderpest in dem eine halbe Meile von Radzewo belegenen Dorfe Czawa Hauland, und zwar auf dem Gehöft des dortigen Ackerwirths Jähnke, ausgebrochen. Das Gehöft ist sofort durch Militärposten abgesperrt und die von Okowo über Czawa Hauland nach Moschin führende Landstraße für jeden Verkehr gesperrt worden.

Birke, 25. Aug. [Pferdeauktion; Regen.] Für die bei der am 20. d. auf dem hiesigen k. Landgestüt stattgehabten Auktion zum Verkauf gestellten ausrangierten k. Landbeschläge und Zuchttiere wurden fast durchweg nur mäßige Preise erzielt, wahrscheinlich weil die Thiere meist alt und fehlerhaft waren. Es wurden in Ganzen elf Beschläge und zwei Stuten verkauft, welche einen Gesamtpreis von 1223 Thlr. brachten. Die höchsten Preise betrugen 111 Thlr., 126 Thlr. bis 180 Thlr. — Seit den letzten Tagen der vorigen Woche haben wir hier nur wenig regenfreie Tage. Ein besonderer durch den Regen den Feldfrüchten entstandener Nachtheil ist nicht zu beklagen, da Weizen und Hafer größten Theils eingeschneit ist. Vielmehr ist derselbe den Kartoffeln von erheblichem Nutzen. Der Scheffel Roggen wird hier mit 1½ bis 2 Thlr. bezahlt, und hoffen wir bei der diesjährigen gesegneten Ernte noch recht billiges Brotkorn zu kaufen, namentlich wenn erst die Saatzeit vorüber ist und der Markt mehr befahren wird.

Redaktions-Korrespondenz.

Ein Bromberg. Ihr Schreiben vom 27. d. ist uns über Stettin erst heute zugegangen. — C. S. in Posen. Wir bitten in der bewußten Angelegenheit noch einmal um Ihren Besuch. — C. in Berlin. Noch nicht.

Verichtigung.

Nr. 202, S. 1, Sp. 3, Z. 50 v. u. statt 10,00000 l. 10,000 : 2.

Angekommene Fremde.

Bom 29. August.

SCHWARZER ADLER. Fräul. Budde aus Giese und Kaufmann Gunow aus Schönen.

HOTEL DU NORD. Die Gutsb. Graf Kwikieki aus Oprowo, Graf Kwikieki aus Maliniec und v. Trampczynski aus Morownica; Frau Gutsb. Wiese aus Gjizlowo; die Probstei Osterzyński aus Oluchowo und Apolinarski aus Modrz.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Gutsb. v. Kallstein aus Kobylitz; Frau Gutsb. v. Swinarska aus Roszkow; Frau Landcahin Wocke aus Ostrowo; Frau Apotheker Bruner aus Gnesen; die Kaufleute Alexander und Liebman aus Berlin, Ismer aus Schönberg und Wallenau aus Hamburg.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Döhne aus Magdeburg und Lamprecht aus Berlin; Gutsb. Vandelow aus Lalatze.

BAZAR. Gutsb. Graf Szolerski aus Brodovo und Partikular Graf v. Kaiserling aus Berlin.

HOTEL DE BAVIERE. Frau Gutsb. von Źyglinska aus Moschin; die Gutsb. v. Źyglinski aus Brzostownia, v. Małczewski aus Kruhowo und Godenhause aus Düsseldorf; die Fabrikanten Meerholz aus Düsseldorf und Bangerow aus Nachen.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Schwarz aus Dessau und Pieper aus Barmen; Prediger Walter aus Böbels; Wirthschaftsbeamter Liske aus Königsberg; Landwirt Magielisz aus Koźmin; Gutsbächer v. Kazimirs aus Wreschen; Fräul. Wape aus Berlin; die Gutsb. Eckert aus Lagiewnik und v. Suchorzewski aus Węgierski.

HOTEL DE PARIS. Defan Weichmann aus Topola; Probst Fromholz aus Neßla; Inspector v. Walsleben aus Wedinary und Gutsb. Osfland aus Lubow.

WEISSER ADLER. Spezial-Kommiss. Lauber aus Kosel; Vorwerksbesitzer Koschützky aus Leobschütz; Kunstmärtner Gerecke aus Rogasen und Mühlensbesitzer Rabbow aus Radzow.

EICHORN'S HOTEL. Kantor Kornik aus Dessau; Beamter v. Alsfiewitz aus Luezno; die Kaufl. Ephraim u. Bergas jun. aus Grätz.

EICHENER BORN. Gastwirth Steif aus Czmon; Lehrer Gavo aus Padewitz und Fräul. Jaff aus Ossen.

HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Kwikieki aus Neustadt b. P., Brand aus Rawicz, Kalischer aus Thorn, Leichtenritt u. Wendelsohn aus Miłosław; die Kaufmannsleute Lewy aus Wongrowitz und Wasserzug aus Schwerin.

DREI LILLEN. Gasthofsbesitzer Rössel aus Birnbaum.

KRUG'S HOTEL. Die Schauspieler Valentini u. Pasch aus Gleiwitz.

PRIVAT-LOGIS. Handlungstreiber Mendel aus Berlin, log. Berlinerstraße Nr. 13; Frau Gutsb. Melzer aus Kalisch, log. Gerberstraße Nr. 19.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Die vom Czarnikauer Kreise zur großen Uebung gestellten 59 Landwehr-Kavalleriepferde werden am Sonnabend den 13. September c. von Morgens 9 Uhr ab in Czarnikau im Wege des Meistgebots verkauft werden.

Jeder Kauflustige wird zum Mitgebot eingeladen.

Czarnikau, den 27. August 1856.

Die Kreis-Kommission.

Eine Windmühle in gutem Zustande, in Schrimm belegen, nebst sechs Morgen Land, einer Scheune, einem Hause und einem Gemüsegarten, so wie auch zwei neue Häuser mit Gärten, an der Warthe in Schrimm belegen, sind aus freier Hand zu verkaufen. Näheres bei dem Besitzer B. Weichmann in Schrimm zu erfragen.

Die allgemeine Renten-, Kapital- und Lebensversicherungsbank
TEUTONIA
in Leipzig ist gegründet auf ein Aktienkapital von 600,000 Thlr., welches allmälig abgestoßen wird,

so daß die bei ihr Versicherten nach und nach in den Alleinbesitz der Bank kommen, deren Nutzungen ihnen anfangs zur Hälfte, später ganz als Dividende ausgeschüttet werden. Sie bietet die ältermannigfaltigsten Versicherungen zu den billigsten Bedingungen, gestattet Übertragungen der abgeschlossenen Versicherungen auf andere Personen und auf andere Versicherungsarten, kontrahiert auf die kleinsten wie auf die größten Summen, und macht die Zeitwerthe der mit ihr abgeschlossenen Versicherungen, welche sie in Kasse halten muß, später (ohne Nennung von Namen, aber mit Angabe der Nummern) jährlich bekannt.

Nähere Auskunft (Prospekte gratis) ertheilen (auf portofreie Anfragen) das Bureau der „Teutonia“, so wie alle Agenten derselben.

Die Kinderversicherungs- und Ausstattungs-Erbkasse der „Teutonia“ gewährt Vortheile, wie sie keine ähnliche Anstalt bietet. Sie zerfällt in zwei Klassen. In Klasse I. ist jährlich nur ein Thaler regelmäßiger Beitrag zu zahlen. Freiwillige Beiträge nach Belieben. Die Versicherten erhalten am Schlusse des 21. Lebensjahres: die allmälig eingezahlte Summe vermehrt mit 3½ Proz. Zins auf Zins und die Erbantheile an den ganzen Kostenantheilen der inzwischen verstorbenen Versicherten dieser Klasse, gleichfalls mit 3½ Proz. Zins auf Zins. In Klasse II. werden regelmäßige Beiträge gar nicht entrichtet, nur freiwillige. Im Falle des Todes wird das eingezahlte Kapital zurückgegeben. Jederzeit, wenn

es verlangt wird, spätestens aber nach Ablauf des 25. Lebensjahres erhalten die Versicherten das eingezahlte Geld mit 3½ Proz. Zins auf Zins und die Erbantheile an den für die inzwischen verstorbenen Versicherten von der Bank aufgebrachten Kapitalen. — In beiden Klassen werden die Kostenantheile aller Versicherten jährlich bekannt gegeben, so daß jeder deren Anwachsen verfolgen kann. Prospekte sind bei den Agenten der Bank und auf deren Bureau unentgeltlich zu erhalten. Die Vermittelung eines Agenten der Bank ist bei dieser Versicherungsart nicht nothwendig, man kann sich in portofreien Briefen direkt an die Bank wenden.

Die Eisengiesserei und Maschinenfabrik von Otto Jänicke zu Gnesen fertigt alle Arten landwirtschaftlichen Maschinen, als: Dresch-Maschinen, Schrot-Mühlen, Häcksel-Maschinen, Gölz-Werke, Sä-Maschinen, Rüben-Schneider, Wurf-Maschinen, Mäh-Maschinen, Pflüge, und empfiehlt sich zur Einführung ganzer Brennereien mit Dampfkraft. Eisenguss zu Mühlenwerken und Maschinen, Monamente, Grabkreuze, Gitter, überhaupt alle in dieses Fach schlagende Artikel werden prompt und gut angefertigt.

Probsteier Saatroggen und Weizen, wirklich echter (Original), welcher das 25. Korn und häufig darüber liefert.

Wie seit einigen 20 Jahren, sind wir auch in diesem Jahre wieder mit der Annahme von Aufträgen auf obige Getreidearten bestreut. Wir bitten indeß, die Bestellungen baldigst an uns gelangen zu lassen, damit wir nicht in die Lage kommen, wie in früheren Jahren, zu spät eingehende Aufträge zurückweisen zu müssen.

Bei der Bestellung müssen, wie bisher, auf jede Tonne Roggen 5 Thlr. und auf jede Tonne Weizen 7 Thlr. als Angeld franko eingestellt werden. — 1 Tonne in der Probstei ist gleich 2½ Berliner Scheffeln. Die Versendung des Getreides werden wir, wie bisher, nach allen Richtungen besorgen.

N. Helfft & Comp., Berlin, Alexanderstraße 45, Ecke der N. Königstr.

